



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung in Bayern

Unsere Themen

Plädoyer für mehr Akzeptanz

VLB im Gespräch mit Kultusministerin Hohlmeier

Reform der dienstlichen Beurteilung

Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst

Startschuss für neuen Studiengang in Bamberg

Verbesserung bei Lehrerbildung und Lehrerfortbildung

Der Kfz-Mechatroniker kommt

Schulpartnerschaft Dachau – Oswiecim

Die VLB-Arbeitskreise in Passau

Fachakademie für Hauswirtschaft im Aufbruch

Akzente – Jahresinhaltsverzeichnis 2002



HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78 - 0
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 05/03: 2003-04-07
für Heft 06/03: 2003-05-05
für Heft 07/03: 2003-06-02

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Plädoyer für mehr Akzeptanz

Bildungspolitik

- 4 VLB im Gespräch mit Kultusministerin Hohlmeier

Dienstrecht

- 5 Manfred Greubel: Reform der dienstlichen Beurteilung
6 DBB-Demonstration in Berlin
7 Pressemitteilung des Bayerischen Beamtenbundes zum
Tarifabschluss im öffentlichen Dienst
7 Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des DBB in Bad Kissingen

Lehrerbildung

- 8 Armin Ulbrich: Startschuss für das „Bamberger Modell“
9 Heiko Pohlmann: Verbesserung bei Lehrerbildung und -fortbildung
10 Helmut Stephan: PISA könnte auch „angst und bange“ machen

Lehrerseite

- 11 Peter Thiel: Kothe-Opperau und sein Bärlapper

Aus dem Landtag

- 18 Anfragen – Anträge – Beschlüsse

Unterricht und Pädagogik

- 14 Dr. Josef Haßlberger: Neue Ausbildung Kfz-Mechatroniker

Schulpartnerschaften

- 16 Robert Baars: Dachau – Oswiecim (Auschwitz)

VLB-Online

- 20 Margit Hofgärtner: Spürhunde im Web – Suchmaschinen

Aus dem Verbandsleben

Landesverband

- 21 Armin Ulbrich: Der VLB auf der Bildungsmesse 2003 in Nürnberg

22 Martin Ruf: Arbeitskreisergebnisse von Passau

Bezirks- und Kreisverbände

Referate und Fachgruppen

- 26 Dorothea Helbig: Fachakademien für Hauswirtschaft

Senioren

Personalien

- 27 Termine

Für Sie persönlich

- 29 Helmut Lang: Sozialversicherungsinfos 2003

- 30 Helmut Lang: Zur Versorgung des Beamten bei Dienstunfähigkeit
Aktuelle Vergütungstabelle für Angestellte

Bücher / Medien

- 33 Aktuelles vom Büchermarkt

Leser schreiben

- 34 Leser schreiben

Plädoyer für mehr Akzeptanz

PETER THIEL

Gesundheit, Familie, Beruf, das sind höchst prioritäre Bereiche menschlicher Existenz. Dem Beruf beispielsweise widmet der Durchschnittsbürger – zumindest in unseren Breiten – einen beträchtlichen Zeitannteil, ebenso ein hohes Maß an Bewußtsein: Geldverdienen, Anerkennung, Karriere gelten als entsprechende Motive. Schon frühzeitig geht's los damit. „Was willst' denn mal werden, Hansi?“ Treffsichere Antwort: „Automechaniker. Oder Busfahrer“. Es reicht bis ins hohe Alter mit dem Beruf. „Das war mein Job“, sagt der Senior nicht ohne Stolz, „das hab ich damals ...“ usf.

Wenn der Beruf für die Biografie eine so starke Bedeutung hat, dann wäre es schlüssig, derjenigen Schule, die ins Berufsleben hineinführt, nämlich der Berufsschule bzw. der Berufsfachschule einen besonders hohen Stellenwert einzuräumen. Das Gegenteil aber scheint der Fall zu sein.

Wir stützen uns bei dieser zunächst hypothetischen Feststellung auf eine Erfahrung, die wir – nicht zum ersten Male übrigens – beim Passauer Berufsbildungskongress machen durften. Der VLB hatte zum obligatorischen Pressegespräch eingeladen, doch mit Ausnahme zweier örtlicher Redaktionen zeigte alles was Rang und Namen hat in der Medienbranche des Freistaats der Veranstaltung die kalte Schulter. Alle Überregionalen hatten „leider absagen müssen“. „Schicken Sie uns das Pressepapier“, hieß es am Telefon. Die landesweite Berichterstattung fiel dann auch dementsprechend aus. Eine bildungspolitische Veranstaltung in der Größenordnung des Passauer Kongresses von den Medien auf Landesebene übergangen, das kann doch nicht wahr sein.

Die Gründe? Wir können sie nur vermuten. Fakt ist, dass zwei Drittel der jungen Leute eines Jahrgangs berufliche Schulen, mehrheitlich die Berufsschule, durchlaufen. Fakt ist auch, dass insbesondere die Berufsschulen

sowohl hinsichtlich in ihrer Ausstattung als auch der Lehrverfahren zu den innovativsten Bildungseinrichtungen im Lande zählen. Als Partner in der dualen Ausbildung sind sie aufs Engste mit Industrie und Handwerk verbandelt und dort spielt bekanntlich die Musik in Sachen Innovation. Veränderungen jeglicher Art bekommen die Berufsschulen jedenfalls hautnah zu spüren.

Wir wollen nicht verschweigen, dass sich die Politik in jüngster Zeit verstärkt zu den beruflichen Schulen bekennt, zumindest verbal. Die Mehrzahl der Mandatsträger sieht in ihnen nicht nur einen Kostenfaktor, sondern schätzt auch die dort gut geleistete Bildungsarbeit und deren langfristige Wirkung. Beim Berufsbildungskongress der Staatsregierung im Dezember beispielsweise würdigte Ministerpräsident Stoiber den Innovationsgeist der Berufsschulen und Kultus-Staatssekretär Karl Freller erteilte „den Berufsschullehrern“ (ein eher umgangssprachlicher Oberbegriff) bei seinem Passauer Auftritt gute Noten. Man weiß eben: Die Berufsschule (wie auch die anderen beruflichen Schulen) trägt mit ihrer systematisch-didaktischen Arbeit ganz entscheidend zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts bei. Die überwältigende Mehrzahl der Auszubildenden – nämlich die aus Klein- und Mittelbetrieben – wäre im Übrigen ohne die Berufsschule bei der Abschlussprüfung wohl so gut wie „aufgeschmissen“.

Irgendetwas also passt da nicht zusammen: Einerseits die gesellschaftliche Bedeutung der beruflichen Bildung, andererseits die geringe Akzeptanz, ja das mitunter geradezu schwache Image insbesondere der Berufsschule in der Öffentlichkeit („Ach so, an der Berufsschule unterrichten Sie. Sie Armer!“).

Doch zurück zu den Medien: Die Mehrzahl ihrer Vertreter hat eine Berufsschule von innen vermutlich noch nicht erlebt. Vielleicht ist das Thema „Berufliche Schulen“ wegen seiner Differenziertheit auch ein Buch mit sieben Siegeln. Doch es gibt vielerlei

komplizierte Sachbereiche heutzutage, mit denen sich die Medien auseinander setzen müssen.

Was also tun? Zunächst sollte man der schreibenden Zunft den guten Willen nicht absprechen, gleichzeitig aber in die Offensive gehen. Es reicht eben nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen im Lande bienenfleißig und mit hohem Idealismus, aber mit ebenso großer Zurückhaltung und in einer Art Aschenputteldasein ihre Arbeit tun. Mehr noch als bisher müssen sich die beruflichen Schulen die Presse ins Haus holen. Auf lokaler Ebene ergeben sich dazu gute Möglichkeiten. Erfahrungsgemäß schicken die Redaktionen ohne Wenn und Aber freie Mitarbeiter, „wenn an der örtlichen Berufsschule was los ist“. Freilich gilt es, gut vorbereitet – möglichst mit einem „Waschzettel“ – in eine solche Begegnung zu gehen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Pressearbeit bedarf im Übrigen der Kontinuität, Kontakte dürfen keine Eintagsfliegen sein, sie hängen auch stark von Personen ab. Der Schulversuch MODUS 21 eröffnet diesbezüglich gewiss gute Möglichkeiten.

Der VLB aber sollte ein Konzept auflegen, das nicht nur landesweit die Medienszene betreut, sondern das auch die Aktivitäten auf Kreis- und Bezirksebene einbezieht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang an den Aufruf von Kollegin Barbara Dilberowic in unserem Januarheft.

Vielleicht können auch diejenigen, die mit uns an einem Strick ziehen, künftig etwas mehr als bisher dazu beitragen, die Bedeutung insbesondere der Berufsschule ins rechte Licht zu rücken: Die Berufsverbände beispielsweise, mit denen die Kolleginnen und Kollegen im Lande z.T. großartig zusammen arbeiten, die Kammern oder andere Institutionen.

Letztlich geht es nicht um ein Einzelanliegen, sondern ums Ganze: Resonanz in der Öffentlichkeit, Anerkennung und Akzeptanz sind positive Signale. Sie verpflichten, ermuntern, motivieren und beflügeln. Wäre das nicht auch schon etwas in einer Zeit, in der allgemeine Niedergeschlagenheit herrscht? <

Im Gespräch mit Kultusministerin Monika Hohlmeier:

Mit vollen Segeln ins neue Jahr

Mit Elan und vollen Segeln startete der VLB ins neue Jahr. Unmittelbar nach den Weihnachtsferien gab es ein erstes Highlight in Form eines Fachgesprächs mit Kultusministerin Monika Hohlmeier. Schwerpunkte dabei waren die Umstellung des Lehramts-Studienganges an der TU München zu einem Diplom-Studiengang, ferner das Splitting zwischen Hochschule und Fachhochschule beim Studium zum Lehramt an beruflichen Schulen, der „Dauerbrenner“ Kompetenzzentren und schließlich die Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Oberstufe, also der Fachoberschulen und Berufsoberschulen.

Die Kultusministerin stimmte den Vorstellungen von VLB und Universität zu, ab Wintersemester 03/04 die an der TU München betreuten Fachrichtungen Maschinenbautechnik, Elektrotechnik und Bautechnik in einen Diplom-Studiengang umzuwandeln. Vorgesehen ist dazu ein Modellversuch mit acht- bis zehnjähriger Laufzeit. Die übrigen an der TU angesiedelten Fachrichtungen können nach Meinung der Gesprächspartner in den Modellversuch integriert werden, wenn sich bei diesem ein erfolgversprechender Verlauf abzeichnet.

Dem von Vertretern der Fachhochschule ins Gespräch gebrachten Splitting bei der Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen erteilte die Kultusministerin eine eindeutige Absage. Das Plädoyer der Fachhochschulen für eine größere Praxisnähe stehe insbesondere bei den „Beruflichen“ auf tönernen Füßen. Ein großer Teil der Studenten dieses Lehramts habe eine berufliche Erstausbildung hinter sich, die, was die Praxisrelevanz anbetrifft, auch die Fachhochschule nicht zu überbieten vermag. Andererseits könne man angesichts des Erziehungsauftrags der beruflichen Schulen bei der Lehrerausbildung auf die

Vermittlung eines profunden geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Studiums nicht verzichten. „Dieses aber vermittelt die Hochschule zu unserer voll Zufriedenheit“, sagte die Ministerin.

Frau Hohlmeier zeigte nachdrücklich Interesse an der vom VLB entwickelten Konzeption vertikal gegliederter Kompetenzzentren und meinte, sich damit durchaus anfreunden zu können.



Vorbehalte ergeben sich ihrer Meinung nach z.Z. noch aus den unterschiedlichen Entwicklungen in den Regionen. Ein Ausbluten einzelner Berufsschulen „auf dem flachen Land“ müsse unter allen Umständen vermieden werden. Noch sei in Sachen Kompetenzzentren jedenfalls nichts Definitives entschieden, meinte die Ministerin, noch befinde sich alles im Fluß. „Der VLB wird diesbezüglich weiterhin am Ball bleiben, Überzeugungsarbeit leisten und für seine Konzeption werben“, sagte Landesvorsitzender Hermann Sauerwein nach dem Gespräch mit der Ministerin.

Im Hinblick auf das kommende Schuljahr sagte Frau Hohlmeier insbesondere für die Schulen der beruflichen Oberstufe zusätzlich Planstellen zu. „Aus dem kritischen Verlauf des vergangenen Herbstes haben wir unsere Konsequenzen gezogen“, meinte sie.

Das Spitzengespräch, so meinen die VLB-Vertreter, verlief in einer konstruktiven und von Konsens bestimmten Atmosphäre, wobei man feststellen kann, in Sachfragen einander ein gutes Stück näher gekommen zu sein. Ein Start ins neue Jahr nach Maß jedenfalls. „So könnte es 2003 weitergehen“, stellte Landesvorsitzender Sauerwein fest.

pth

Ein Spitzengespräch in freundlicher Atmosphäre zu Jahresbeginn: Stellvertretende Landesvorsitzende Ingrid Heckner, VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, Kultusministerin Monika Hohlmeier (von links).

Reform der dienstlichen Beurteilung

MANFRED GREUBEL

Wo immer von mir Gespräche mit Lehrkräften über aktuelle Probleme des Schulalltags geführt werden, befinden wir uns sehr rasch bei dem Thema Beurteilung. Dabei ergibt sich vielfach die Forderung nach geänderten Beurteilungsrichtlinien.

Wie diese in ihren Grundzügen gestaltet sein könnten, darüber sollen die folgenden Zeilen Aufschluss geben. Es handelt sich dabei nicht um eine festgelegte Strategie des Verbandes, sondern um die Vorstellungen des Autors. Es schließt jedoch nicht aus, dass sich daraus Positionen des Verbandes ergeben könnten. Dazu können auch Sie beitragen, indem Sie mir Ihre Meinung mitteilen.

Stellenwert der Beurteilung

Die Dienstliche Beurteilung steht bei vielen Lehrkräften in der Kritik, da sich bei der zurückliegenden Beurteilungsperiode durch die Vorgabe des Richtwertes von 9 Punkten gezeigt hat, dass sich Sinn und Zweck der Beurteilung weit von dem entfernt haben, was eigentlich mit einer Beurteilung erreicht werden soll. Die Beurteilung soll der Motivation der Lehrkräfte dienen und somit zu einer mehrschichtigen Qualitätsverbesserung beitragen. Auch soll die persönliche Karriereplanung durch leistungsfeindliche Reglementierungen nicht behindert werden. Die Fehlentwicklungen des bisherigen Systems führen jedoch nicht dazu, die Beurteilung gänzlich als unbrauchbar abzulehnen. Folgende Gründe sind zu nennen:

- Dienstliche Beurteilungen haben zum Ziel, ein aussagefähiges, objektives und vergleichbares Bild der Leistung, Befähigung und Eignung der Lehrkräfte zu gewinnen. Bei allem Streben nach größtmöglicher Objektivität sind dienstliche Beurteilungen durch die subjektiven

Sichtweisen der beurteilenden Personen geprägt und stellen damit persönlichkeitsbedingte Werturteile über die Leistungen und Fähigkeiten dar. Ungeachtet dessen sind sie unverzichtbare Grundlage für personen- und sachgerechte Personalentscheidungen und dienen als Hilfe für die Personalführung und Maßnahmen der Personalentwicklung.

- Eine Einschätzung der Leistung in einem bestimmten Zeitraum ist deshalb notwendig, weil hiervon die leistungsorientierten Besoldungselemente abhängig gemacht werden. Wer viel leistet, soll dies auch in seinem Portemonnaie spüren, wer sich vornehm zurückhält, soll sich mit seinem Grundgehalt zufrieden geben.
- Ein Mitarbeiter hat einen Anspruch auf die Bewertung seiner Leistungen, Fähigkeiten etc., um zu erfahren, wo er sich noch verbessern kann und wo demnach seine Entwicklungsmöglichkeiten liegen. Damit ist der Feedback-Charakter einer Beurteilung gemeint.

Beurteilungsverfahren

- **Mischsystem aus Regel und Anlassbeurteilung**
Eine bundesweite Synopse lässt keinen Schluss darüber zu, welchem Verfahren die Priorität zu geben ist. Wir sehen in einer Kombination zwischen Regel- und Anlassbeurteilung einen tragfähigen Kompromiss. Eine Regelbeurteilung ist bis zur ersten Beförderung vorzunehmen. Spätestens jedoch bis zum 50. Lebensjahr. Die Regelbeförderung bildet somit die Basis für die Ermittlung der Beförderungswartezeit. Im Anschluss erfolgt dann eine Beurteilung aus besonderem Anlass. Dies ist im Regelfall bei einer Bewerbung um eine Funktionsstelle erforderlich.

- **Beurteilungszeitraum**

Der bisherige Beurteilungszeitraum von vier Jahren ist vertretbar, wenn zusätzlich Zielvereinbarungsgespräche stattfinden. Diese sollen in einem Zweijahresrhythmus stattfinden; nähere Ausführungen hierzu siehe auch unter Zielvereinbarungsgespräche.

- **Bewertungskriterien**

Es ist bei der Entwicklung eines Kriterienkataloges auf ein vertretbares Maß an Einzelkriterien zu achten, die eine rasche Entscheidungsfindung ermöglichen: Dabei ist neben einer Punkteskala von max. 7 Punkten für jedes Einzelkriterium eine verbale Begründung des Gesamtergebnisses erforderlich. Bei der Erstellung des Kriterienkataloges und der Gewichtung der Einzelmerkmale ist auf die schulspezifischen Gegebenheiten und die Funktion der Lehrkraft Rücksicht zu nehmen. Dabei ist im Hinblick auf Quervergleiche und den Gleichbehandlungsgrundsatz vor allem auf die methodische Güte (Objektivität, Reliabilität, Validität und Transparenz) und die Legitimität (Akzeptanz bei Beurteilten und Beurteilern) zu achten.

- **Das Zielvereinbarungsgespräch als Basis**

Das Zielvereinbarungsgespräch ist ein eigener Bestandteil des Mitarbeitergesprächs und soll sich nicht nur auf den Zeitraum der Regelbeurteilung beschränken. Es dient somit zum einen als eine Entscheidungsgrundlage für die Regelbeurteilung und zum anderen als Feedback für die erbrachte Leistung und somit auch als ein Vergabekriterium für die leistungsorientierten Besoldungselemente. Die Ergebnisse der Zielvereinbarung werden protokolliert und ergänzen die Beurteilungsunterlagen.

Die Notwendigkeit für eine Zielvereinbarungsgespräch besteht darin, dass die Beurteilung über eine längere Zeitspanne hinweg mit kompetenter Begleitung und Beratung einhergehen

muss; sie sollte nicht punktuell und nicht sporadisch erfolgen. Das Beurteilungsverfahren muss nachvollziehbare, belegbare Beurteilungsergebnisse erbringen; Resultate, die von evaluierten Lehrkräften als Basis der Weiterentwicklung, gegebenenfalls als Basis der Verbesserung mangelhaften Unterrichts akzeptiert und genutzt werden können.

Nötig dazu ist ein geordnetes Schema von Gesichtspunkten der Beurteilung. Dies erfolgt in Anlehnung an die formalen Beurteilungskriterien und dem jeweiligen Aufgabenbereich der Lehrkraft. Ohne ein solches Raster greift die Beurteilung zu kurz; sie wird zufällig und einseitig. Nötig ist aber auch die Einsicht: Kein Beobachter ist der Gesamtheit der Unterrichtsvorgänge gewachsen. Am stärksten fördernd ist Unterrichtsbeobachtung dann, wenn Beobachter und Beobachtete jeweils vorweg einige wenige Beobachtungskriterien vereinbaren. Vor allem aber ist nötig, dass der Beobachter nicht subjektives, sondern objektives Feedback gibt. Dass er also nicht nur persönliche, pauschale Eindrücke formuliert, sondern dass er vor allem spezifische Daten, gewissermaßen „hard facts“, mitteilt.

Die aus den jeweiligen Aufgaben der Lehrkraft abgeleiteten Zielvereinbarungen sind geeignet, in eine methodisch vertretbare Beurteilung einzufließen. Aufgaben- und Zielorientierung ermöglichen es zudem, den sich verändernden Anforderungen sowie den situativen Bedingungen der Leistungserstellung zu entsprechen und die Beurteilung zu einem steuerungrelevanten Führungsinstrument zu entwickeln. Im Zentrum steht die Anbindung der Leistungsbeurteilung an das Konzept „ergebnisorientierte Führung“. Der gemeinsame Bezugspunkt ist die Zielvereinbarung. Gleichbedeutend zur Steuerungsebene ist die in der Vereinbarung von Leistungs- und Kooperationszielen angelegte Handlungsebene.

Zielvereinbarungen bezeichnen hier die konkrete Verständigung zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern sowohl über die bisherige als auch über die zukünftige Zusammenarbeit.

Neben die Ergebnisorientierung tritt die Kooperation als zentrales Merkmal der Arbeitsbeziehungen und Leistungsprozesse.

Richtwerte

Richtwerte, Quotenvorgaben und sonstige leistungsfeindliche Vorgaben sind mit dem Sinn einer dienstlichen Beurteilung – Leistung und Befähigung objektiv und individuell zu messen – nicht zu vereinbaren. Zwar können Richtwerte für einen größeren Bereich z. B. Regierungsbezirk rechtlich zulässig sein, Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass Sie auf kleine Schulen heruntergebrochen werden und somit zu einer nicht hinnehmbaren Ungerechtigkeit führen. Für das Qualitätsmanagement

einer Schule bedeutet dies herbe Verluste.

Fortbildung für Beurteiler/Beurteilerinnen

Eine Abkehr von tradierten hierarchischen Beurteilungssystemen erfordert eine intensive Diskussion der Beurteiler/Beurteilerinnen und ein Verständnis der zugrunde liegenden Ideen. Dies ist nicht nur durch Handbücher zu vermitteln, sondern erfordert auch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen, vor allem auch, um typische Fehlerquellen zu verringern. Darüber hinaus sind Beurteilungskonferenzen der Beurteiler untereinander erforderlich. So ist es möglich, ein gleichmäßig angewandtes Beurteilungsverfahren sicherzustellen. <

Allein auf weiter Flur?



Mitnichten! Dieser Demonstrant stellte sich nach der Großveranstaltung des DBB in Berlin zu einem Erinnerungsfoto. Zuvor hatten rund 40 000 Angehörige des öffentlichen Dienstes aus ganz Deutschland – darunter auch zahlreiche VLBlere – zu erkennen gegeben, dass sie von der einseitigen Belastung durch die Bundesregierung die Nase voll haben. Die Veranstaltung hatte Mitte Dezember stattgefunden (siehe auch S. 23).

BBB-Pressmitteilung vom 10. Januar 2003:

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst schmerzlich, aber akzeptabel

Als „sicher nicht voll unseren Vorstellungen entsprechend aber akzeptabel“ bezeichnete der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, den nach zweitägigen zähen Verhandlungen am späten Abend des 09. Januar 2003 in Potsdam erzielten Tarifabschluss. Zufrieden zeigte er sich damit, dass dadurch der drohende Flächenstreik im öffentlichen Dienst abgewendet werden konnte.

Habermann forderte Bundesinnenminister Otto Schily auf, jetzt umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die volle, systemkonforme und vor allem zeitgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich sicherstellt. Gleichzeitig appellierte er an die Bayerische Staatsregierung, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln im Bundesrat für dieses Ziel einzusetzen.

Mit dem gefundenen Kompromiss seien die zwei klaren Forderungen des Beamtenbundes, nämlich den Anschluss an die Privatwirtschaft zu wahren und die Angleichung Ost auf den Weg zu bringen, erfüllt worden. Die Tatsache, dass mit dem erzielten Ergebnis sichergestellt wurde, dass der öffentliche Dienst einen Abschluss auf dem Niveau der Tarifanhebungen der Privatwirtschaft erreicht habe, sei außerordentlich wichtig. Nur wenn im öffentlichen Dienst einigermaßen vergleichbare Gehälter wie in der Privatwirtschaft gezahlt würden, könne der anerkannt hohe Standard des öffentlichen Dienstes gewahrt werden. Andernfalls würden gute Arbeitskräfte in die Privatwirtschaft abwandern.

Der Bayerische Beamtenbund verkenne nicht die Lage der öffentlichen Haushalte: „Für die Haushaltslöcher gibt es viele Gründe. Einen Grund gibt es aber eben nicht, nämlich dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes daran schuld sind. Und wer nicht verantwortlich ist, den kann man auch nicht andauernd zur Kasse bit-

ten. Ein Abschluss unter dem erreichten Ergebnis wäre deshalb niemals hinnehmbar gewesen,“ so Habermann.

„Im Vergleich zum ursprünglichen Arbeitgeberangebot stellt die lineare

Erhöhung der Einkommen im Drei-Stufen-Modell 2,4 % + 1,0 % + 1,0 % und einer Laufzeit von 27 Monaten ein deutlich verbessertes Ergebnis dar“, erklärte Habermann weiter. Er begrüßte auch die vereinbarte schrittweise Angleichung der Osteinkommen an das Westniveau: „Damit erhalten unsere Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern endlich eine feste Perspektive auf einheitliche Einkommen.“ <

Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung des DBB in Bad Kissingen:

Den Tarifabschluss eins zu eins auf die Beamten übertragen

Vor rund 400 Teilnehmern bewertete der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser in Bad Kissingen den Tarifabschluss für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes differenziert: Einerseits seien die Haushalte offensiv gefordert, z.T. auch überfordert, andererseits sei ein vielleicht wochenlanges Streik abgewendet worden. Nicht nur die lineare Erhöhung sei in eine Bewertung einzubeziehen, sondern auch die lange Laufzeit von 27 Monaten, die den öffentlichen Haushalten eine wesentlich größere Planungssicherheit gebe, als etwa der Schlichtungsvorschlag, der nur von einer Laufzeit von 18 Monaten ausgegangen sei. Auch die für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern festgeschriebene Perspektive zur Angleichung der Einkommen an das Westniveau hob Faltlhauser als positiv hervor. Hinsichtlich der Übertragung des Tarifabschlusses auf den Bereich der Beamten erklärte der Staatsminister, dass Bayern beim in der Vergangenheit praktizierten „Gleichklang“ zwischen den Statusgruppen bleiben und das Ergebnis übertragen wolle.

Auf dem Programm der Kissinger Tagung stand auch eine Podiumsdiskussion, bei der es um die Konsequenzen aus dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst ging. Einig waren sich die Diskutanten darüber, dass der Ta-

rifverbund der öffentlichen Arbeitgeber erhalten bleiben und der Tarifabschluss eins zu eins auf die Beamten übertragen werden muss. „Wir werden über das Kleingedruckte reden müssen“, schränkte der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz im Zusammenhang mit der Übertragung des Tarifergebnisses ein. „Mit dem Kleingedruckten dürfen die Prozentsätze nicht wieder abgeräumt werden“. Den Austritt Berlins aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband bezeichnete er als „chaotisierende Veranstaltung“. Auch der Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk, lehnte ein Aufsplittern der Bezahlung im öffentlichen Dienst als Konsequenz des Tarifabschlusses ab. Koschyk sprach sich statt dessen für eine Überprüfung der öffentlichen Aufgaben unter Einbeziehung der Beschäftigten aus. Für MdB Silke Stokar, Bündnis 90/Die Grünen, liegen die Probleme in zu starren Strukturen, die den Handlungsspielraum der öffentlichen Arbeitgeber einschränkten und für die FDP plädierte Max Stadler nachdrücklich für ein einheitliches Besoldungsrecht. Öffnungsklauseln lehnte er strikt ab. <

Neuer Studiengang „Wirtschaftspädagogik mit Informationstechnologie“:

Startschuss für das „Bamberger Modell“

ARMIN ULBRICH

In einem beeindruckenden Festakt fiel am 10. Januar 2003 im Audimax der Otto-Friedrich-Universität Bamberg der Startschuss zum Studiengang „Wirtschaftspädagogik mit Ausbildungsschwerpunkt Informationstechnologie“. „Was lange währt, wird endlich gut“, kann man da nur sagen, denn die Einführung hatte des längeren auf sich warten lassen. Wirtschaftspädagogen mit IT-Qualifizierung werden für die Beschulung der IT-Berufe seit Jahren gesucht. Darüber hinaus werden sie von vielen Schulen für die Systemintegration benötigt.

So qualifiziert wie der neue Studiengang war auch der Festakt. Erkennbar war dies schon an der Tatsache, dass der Lehrstuhlinhaber, Prof. Dr. Detlev Sembill, seine Erstsemesterstudenten zu einer eindrucksvollen musikalischen Umrahmung animieren konnte. Qualität hatte aber auch die Liste der zahlreichen Grußworte und der Festredner.

Universitätsrektor Professor Dr. Dr. Godehard Ruppert bezeichnete den neuen Studiengang als einen bedeutsamen Standortfaktor für die Stadt Bamberg. Prof. Dr. Elmar Sinz, Dekan der Fakultät Wirtschaftsinformatik und angewandte Informatik, zeigte die fachliche Vernetzung auf, welche zwischen der Wirtschaftsinformatik als Teil der Betriebswirtschaftslehre, der Wirtschaftspädagogik und den anderen Fakultäten der Universität besteht. Studiendekan Prof. Dr. Otto K. Ferstl verwies auf die virtuellen Angebote, die die Präsenzlehre sinnvoll ergänzen und damit dem Sembill'schen Konzept des selbstorganisierten Lernens (SoLe) auch im Studium einen neuen Qualitätsstandard verleihen. Die unterschiedlichen Halbwertszeiten bezeichnete er als Argument dafür, dass den informati-

Den Lernenden wiederentdeckt. Prof. Dr. Detlev Sembill, der Konzeptor des „Bamberger Modells“ (oben).

Manfred Weichhold, Bundesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen: „Das ‚Bamberger Modell‘ wird sich noch einen Namen machen“.



onstechnischen Theorien (20 Jahre) und Methoden (10 Jahre) ein höherer Stellenwert zukommt als einer reinen Produktorientierung (2 Jahre).

Min.Dirig. Hans Thomé, Staatsministerium für Unterricht und Kultus, gratulierte zu dem einzigartigen Studiengang, aus dem 80% der Studienabgänger einen Weg in die beruflichen Schulen in Bayern finden müssten. Nur durch die Kooperationsbereitschaft zwischen Universität und Kultusministerium sowie die Gemeinschaftsaktion der Lehrstühle für Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftsinformatik war es zu diesem kreativen und innovativen Angebot gekommen, betonte Thomé. Bis zum Jahre 2015 könne der jährliche Bedarf an rund 700 Lehrkräften für die beruflichen Schulen allein über die Studienabgänger allerdings nicht gedeckt werden. Sondermaßnahmen für Seiteneinsteiger seien zwar hilfreich zur Überbrückung dieses Mangels. Eine Profilbildung aber, die – wie in Bamberg – bereits im Studium beginnt, sei bei Sondermaßnahmen nicht zu erreichen. Deshalb dürfe man die Sondermaßnahmen auch nicht überbewerten, meinte Thomé.

Joachim Hunger, Hauptgeschäftsführer der IHK Oberfranken, betonte, dass die in der Region fehlenden

Hochschulabsolventen durch qualifizierte Fachkräfte aus dem dualen Ausbildungssystem ersetzt werden. Deshalb sei auch die Wirtschaft an den Absolventen des neuen Studienganges interessiert. „Wir brauchen auch gute Ausbilder in den Betrieben“, sagte Hunger. Keine Fachkraft nämlich sei nach der Ausbildung für ein Arbeitsleben qualifiziert; nach der Erstausbildung beginne bekanntlich ein lebenslanges Streben nach Qualifikation.

Manfred Weichhold, Bundesvorsitzender des Verbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen unterstrich die Bedeutung dieses neuen Studienganges mit dem erklärten Ziel eines gut ausgebildeten Lehrernachwuchses. Auch er verwies auf Sondermaßnahmen mit Quer- und Seiteneinsteiger zur Deckung des Lehrbedarfs, bezeichnete sie aber gleichzeitig als Notnagel. Prof. Sembill, so Weichhold, habe die Marktlücke mit seiner informationstechnischen Profilbildung erkannt. Seine Studienabgänger werden in allen Zweigen des beruflichen Schulwesens dringend benötigt. Dieses „Bamberger Modell“ werde sich noch einen Namen machen.

Prof. Dr. Sembill selbst referierte zum Thema: „Menschengerechte Lernprozesse – wozu braucht man die

Lehr-Lern-Forschung bei der Nutzung und Entwicklung der Informationstechnologien?“ Er ging dabei sehr anschaulich auf die Forschungsergebnisse zum „selbstlernorganisierten Lernen“ ein und betonte die quantitative Lerneffizienz in Schule und Arbeitswelt.

Sembill entdeckt in seinem didaktischen Ansatz den „Lernenden“ wieder, der in manchen Konzepten offenbar nicht vorgesehen ist. SoLe enthält Motivationselemente, die in wirksamer Weise auf die „emotionale Empfindlichkeit“ der Lernenden abzielen. „Im Hinblick auf die Anwendung der Informationstechnologien ist unsere Gesellschaft mehr und mehr eine Lerngesellschaft“, stellte Sembill fest.

Prof. Frank Achtenhagen, Universität Göttingen, befasste sich in seinem Festvortrag mit dem Thema „Lernen mit Multimedia - wissenschaftspolitische und Forschungsorientierte Perspektiven nach PISA“.

In anschaulicher Weise – z.B. an Beispielen virtueller Unternehmen – stellte er dar, wie Multimedia den Lernprozess fördern kann. Normalerweise sei Multimedia im Unterricht nicht schlechter als die Printmedien, aber auch nicht besser. Erst wenn diese Lernsoftware didaktisch gut aufbereitet werde, sei Lernen mit ihr dem Frontalunterricht überlegen. Dann allerdings könne im Unterricht rund die Hälfte Lernstoffes nahezu 100%-ig gelernt und auch behalten werden. Eine wissenschaftlich fundiertere Begründung für kreatives Lernen konnte im Hinblick auf den beginnenden Studiengang nicht gefunden werden. Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftsinformatik also werden als Instrumentarium in der Ausbildung von Lehrern verzahnt, so dass letztlich eine Steigerung der Unterrichtsqualität auch mit Multimedia erreicht wird.

Neben vielen Gratulanten überbrachte auch der VLB der Bamberger Universität herzliche Glückwünsche zu dem neuen Modell. Auch wir sind der Überzeugung dass es „Schule machen“ und damit einen wesentlichen Beitrag zum Ansehen der beruflichen Schulen in Wirtschaft und Öffentlichkeit leisten wird. <

Ergebnisse des Passauer Kongresses:

Verbesserungen bei Lehrerbildung und Lehrerfortbildung



HEIKO POHLMANN

Wichtige Veränderungen und Verbesserungen deuten sich in der Lehrerbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen an. Entscheidende Weichen wurden beim 6. VLB-Berufsbildungskongress im November 2002 in Passau gestellt.

Zentralinstitut für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung

Bayerns Wissenschafts- und das Kultusministerium haben die Einrichtung eines neuen Zentralinstituts für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung (ZLL) an der Technischen Universität München genehmigt. Es untersteht direkt der Hochschulleitung und wird von der TU-Vizepräsidentin Hannemor Keidel geleitet. Das ZLL soll die fächerübergreifenden Interessen der Lehrerbildung in Forschung und Lehre wahrnehmen und an den Schnittstellen zu Bildungseinrichtungen außerhalb der TU angesiedelt sein. Dem Institut werden Lehrstühle und Professoren aus elf Fakultäten angegliedert, die auch jetzt schon an der Lehrerbildung beteiligt sind. Gegenwärtig sind 750 Studenten für das Lehramt an beruflichen Schulen und 350 für das Lehramt für Gymnasien an der TU eingeschrieben.

An der Ludwig-Maximilian-Universität in München, an der die Wirtschaftspädagogik studiert werden kann, entsteht ein ähnlich organisier-

tes Zentralinstitut. Unklar ist im Augenblick noch, wer die Leitung übernimmt. An den anderen bayerischen Universitäten entstehen nach den Vorschlägen der Terhart-Kommission ebensolche Einrichtungen.

Vorausschauend hat dazu der Hauptvorstand des VLB der Vertreterversammlung beim Berufsbildungskongress in Passau einen Antrag vorgelegt, in dem der Verband sich in geeigneter Weise dafür einsetzen möge, dass ein Sitz für einen Vertreter des VLB mit Stimmrecht in diesem Gremium eingerichtet wird. Diesem Antrag wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

Diplomstudiengang mit Abschluss „Diplom-Berufspädagoge“

Diese Entschließung zur Lehrerbildung wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen, da sie dazu beitragen soll, das Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen attraktiver zu machen. Mit dem Modellversuch, der an der TU in München ab dem Wintersemester 2003 durchgeführt werden soll, soll das Studium für das „Lehramt an beruflichen Schulen“ bei gleicher Studiendauer in einen Diplomstudiengang überführt werden. Wir hoffen, dass durch die Steigerung der Attraktivität der Nachwuchsman gel besonders in den beruflichen Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik, aber auch im Bereich Nahrung beseitigt oder zumindest gelindert werden kann.

Strukturelle Änderungen im Vorbereitungsdienst

Diese Entschließung basiert auf dem Arbeitsergebnis einer Klausurtagung des VLB im März 2001 mit dem Thema „Die Zukunft der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung an beruflichen Schulen“ (siehe VLB akzente 07/01). Der Vorbereitungsdienst, die 2. Phase

der Lehrerbildung, soll damit strukturell mehr den Wünschen der Referendare angepasst werden, um zu vermeiden, dass potentielle Bewerber nach der Diplomprüfung oder dem Staatsexamen in die Wirtschaft abwandern.

Erster Ausbildungsabschnitt:

Die Ausbildung bleibt wie bisher erhalten und erfolgt durch Seminarlehrer an Seminarschulen. Verantwortlich sind wie bisher die zuständigen Studienseminare. Gegen Ende des ersten Ausbildungsabschnittes bewerben sich die Referendare an die Schule, an der sie nach dem Referendariat unterrichten möchten. Somit wird die bisherige Zuweisung an eine Einsatzschule vermieden und das gewöhnlich praktizierte Einstellungsverfahren um ein Jahr vorgezogen.

Zweiter Ausbildungsabschnitt:

Jetzt unterrichten die Referendare an der Schule, an der sie bleiben wollen, und werden dort von einem Betreuungslehrer, der dafür mindestens eine Anrechnungsstunde pro Referendar erhält, intensiver als bisher ausgebildet. Sie können auch zu Fortbildungsmaßnahmen geschickt werden, die speziell an der Schule gebraucht werden.

Berufseingangsphase:

Nach dem Referendariat werden die Lehrkräfte von dem bisherigen Betreuungslehrer oder Fachbetreuer betreut und nun intensiv in das spezielle Aufgabengebiet der Schule eingeführt.

Sondermaßnahmen

In dieser von der VV angenommenen Entschließung fordert der VLB die Abschaffung von Trainee-Maßnahmen, da sie das grundständige Studium unterlaufen. Ebenso wird gefordert, dass für Sondermaßnahmen, gemeint sind damit Referendare im Vorbereitungsdienst, die kein erstes Staatsexamen absolviert haben, ein Nachqualifizierungsprogramm erstellt wird. Voraussetzung für die Übernahme ist ein abgeschlossenes einschlägiges Universitätsstudium und mehrjährige Berufserfahrung. Mit diesem Nachqualifizierungsprogramm, das als Zusatzprogramm angelegt werden muss, soll der Qualitätsstandard gesichert werden.

Verbesserung der Lehrerfortbildung

Auf der Grundlage der KMBek Nr. III/7-P4100-6/51011 vom 9. August 02 fordert der VLB die Aufnahme eines Vertreters in den Koordinierungsausschuss Lehrerfortbildung im Kultusministerium, damit dort die Interessen der Lehrer an beruflichen Schulen besser vertreten werden können.

Ferner fordern wir die Bereitstellung zusätzlicher Mittel und Möglich-

keiten für Fortbildungsmaßnahmen auf zentraler, regionaler und schulinterner Ebene und die Förderung der Freistellung von Lehrkräften, die an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen möchten. Da die oben erwähnten Zentralinstitute an den Universitäten auch für die Lehrerfortbildung zuständig sind, fordert der VLB ebenfalls, diese Zusammenarbeit zu verbessern, um den Lehrkräften die neuesten Forschungsergebnisse zugänglich zu machen. <

PISA könnte auch „angst und bange“ machen

In der Medizin sind nachgewiesenermaßen mindestens 426 Phobien wissenschaftlich anerkannt. Der Amerikaner Fred Culbertson hat in mehr als zehnjähriger Arbeit diese klinisch festgestellten Angstformen zusammengetragen und auf seiner Homepage (www.phobialist.com) veröffentlicht. Sandra Kegel und Andreas Platthaus haben die 426 Phobien ins Deutsche übersetzt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat sie am 07. Januar 2003 im Feuilleton auf einer Doppelseite alphabetisch aufgelistet. 18 Phobien hiervon haben direkt oder indirekt mit Schule oder Schülern zu tun. Die Psychologie beinhaltet auch die Angstforschung. Man könnte die durch das Programme for International Student Assessment (PISA) festgestellten Defizitbereiche außer unter dem Blickwinkel der Ressourcenausstattung, der individuellen Nutzung sowie der Funktions- und Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems auch im Kontext mit der Angstforschung untersuchen, um so eine verbesserte Lernkultur zu kreieren. Eine Phobie wird im Klinischen Wörterbuch von Willibald Schyrembel als Zwangsangst definiert, welche an bestimmte Vorstellungen oder Lebenssituationen gebunden ist, inhaltlich grundlos ist und oft zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen zwingt. Entwicklungspsychologische Gesichtspunkte sind für den Ausprägungsgrad und die Art einer Phobie relevant.

Besagte ausgewählte 18 lernprozess-tangierende Phobien sind:

Arithmophobie – Angst vor Zahlen
Atychiphobie – Versagensangst
Cyberphobie – Angst vor Computern
Decidophobie – Entscheidungsangst
Didaskaleinphobie – Angst davor, in die Schule zu gehen
Epistemophobie – Angst vor Wissen
Gnosiophobie – Angst vor Wissen
Graphophobie – Angst vorm Schreiben
Hippopotomonstrosesquippedalio-phobie – Angst vor langen Wörtern
Logizomechanophobie – Angst vor Computern
Logophobie – Angst vor Wörtern
Numerophobie – Angst vor Zahlen
Oktophobie – Angst vor der Zahl acht
Papyrophobie – Angst vor Papier
Phronemophobie – Angst zu denken
Scolionophobie – Angst vor der Schule
Sesquipedalophobie – Angst vor langen Wörtern
Triskaidekaphobie – Angst vor der Zahl dreizehn

Der VLB hat in seinem Bedingungskatalog zur PISA-Studie u. a. folgende Linderungsmaßnahmen vorgeschlagen (vgl. VLB akzente 08-09/02):

- Vielfach ist sozialpädagogische und psychologische Betreuung unverzichtbar. Dazu bedarf es entsprechender Stellen und Fachkräfte.
- Bei der Erarbeitung entsprechender methodisch-didaktischer und psychologischer Konzeptionen sind die beruflichen Schulen auf fachgerechte Hilfestellung von außen angewiesen.

Helmut Stephan

Ein Lehrerportrait:

Kothe-Opperau und sein Bärlapper

Irgendwie ist jeder Lehrer ein Kreativer, das liegt in der Natur der Sache. Bei dem einen kommt dies stärker zum Ausdruck, beim anderen weniger. Bei Kollegen Dietrich Kothe aus Schongau beispielsweise ist das gestalterische Element so stark ausgeprägt, dass es sich über die Arbeit in der Schule hinaus Luft schaffen muss: Kothe schnitzt, reimt und schreibt. Als Beleg dafür, dass Lehrer zu viel freie Zeit haben, kann man dies freilich nicht werten, so sehen es nur ganz Kleinkarierte. Lehrer ist man immer, das Berufsbewußtsein ist nicht teilbar. Pädagogen, die – ganz gleich auf welche Weise – über den Tellerrand hinausschauen, sind ein Gewinn für junge Leute, weil sie das Leben in die Schule holen und somit Brot bieten und nicht Steine.

Dietrich Kothe ist seit fast einem Jahr im Ruhestand und kann sich nun ganz der Muse hingeben. Eine vierzigjährige Dienstzeit als Berufsschullehrer birgt aber wohl noch so manches dankbare Thema. Wann also erscheint das neue Werk?

Zunächst aber blicken wir auf Kothés jüngsten Roman, veröffentlicht vor einem halben Jahr. Er trägt den Titel „Bärlapper – ein ländlicher Fortgang“. Die Handlung? Wir wollen nicht zu sehr ins Detail gehen, schließlich geht es hier ja auch um eine Lesempfehlung. Eine grobe Skizze sei trotzdem gestattet. Ort der Handlung: eine oberbayerische Landgemeinde. Bärlapper, die zentrale Figur, ist Nebenerwerbslandwirt und, obwohl im besten Alter, ledig. Ein Einzelgänger, der vollends zum Außenseiter wird, als sich herumspricht, dass er Kontakte zu Russen pflegt, die abseits in einer Baracke hausen. Schließlich gerät der Protagonist sogar unter Mordverdacht. Doch der Fall löst sich. Seinen Job am Abfüllband der örtlichen Brauerei verliert er – der Betrieb stellt auf Büchsen um, läßt Bärlapper aber



Formgefühl nicht nur mit der Feder, sondern auch mit dem Meißel: Dietrich Kothe in seinem häuslichen Atelier.

nicht fallen. Schließlich überrascht dieser das Dorf: er verkauft das Vieh und erwirbt von der Brauerei die nunmehr schrottreife Abfüllanlage, an der er jahrelang glücklich war. Es entsteht ein kleines Brauerei-Museum. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft läßt grüßen. Kothe konnte ihn bei seiner Arbeit mit landwirtschaftlichen Lehrlingen hautnah miterleben.

Über den Protagonisten hinaus bestimmen den roten Faden ein stets nörgelnder, völlig verkopfter Oberlehrer in Rente sowie Bärlappers „Braut“ in der Stadt. Letztere landet schließlich nicht in der Ehe, sondern im Kloster. Aber lesen Sie selbst! Der Roman ist kurzweilig, weil lebensnah. Die Sprache ist deftig und vom Dialekt bestimmt. Leser aus dem norddeutschen Raum werden bei der einen oder anderen Passage wohl zweimal hinschauen müssen.

Kothe schreibt unter dem Namen Hannes Kothe-Opperau. Dies ist Ausdruck der Verbundenheit mit seiner

schlesischen Heimat. Opperau liegt bei Breslau, dort ist Kothe 1938 geboren. Wie gesagt, 40 Jahre weißblauer Berufsschuldienst, vorwiegend in Fachklassen der Landwirtschaft, liegen hinter ihm. Seine Romanfiguren kommen aus diesem Berufsleben, sind ihm, dem Autor, irgendwann mal über den Weg gelaufen. Schule also nicht als Stätte verkopfter Wissensvermittlung, die Menschen in ihrer Ganzheitlichkeit erleben, das also ist Dietrich Kothe alias Hannes Kothe-Opperau. Bei aller Würdigung des Fachlichen, für ihn gibt es noch andere Prioritäten im Umgang mit der Jugend im Beruf: Anregen und Erfahren, Geben und Nehmen, Unterricht nicht als Einbahnkommunikation, der Lehrer als Impulsgeber. Die Stoffe liegen auf der Hand, sie müssen nur verarbeitet werden. Dies geschieht meist zu später Stunde, nachts oder am Wochenende.

Es ist lohnenswert, sich mit Kollegen Kothe auseinander zu setzen, mit der Ganzheitlichkeit seines – auch pädagogischen – Denkens, mit seiner Schnitzkunst, mit seinen Romanfiguren. Nicht jeder muss gleich so in die Vollen gehen, wie Kothe dies tut. Aber Leute von seinem Schläge braucht der Berufsstand. Sie sind die Lichtpunkte in einer vorwiegend pragmatisch orientierten Welt. Ihnen vertrauen die Schüler, weil sie – die Pädagogen – Interesse nehmen an der Biografie, am Einzelschicksal. Kurz, weil sie mehr sind als Wissensvermittler.

Peter Thiel

Hannes Kothe Opperau: Bärlapper – ein ländlicher Fortgang; 224 Seiten ISBN 3-89251-317-1, Verlag Bayernland, Dachau.

Anfragen – Anträge – Beschlüsse



Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Friedrich Odenbach (SPD), 27. September 2002

Aktuelle Wartelisten für Lehramtsbewerber

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber stehen zum Schuljahresbeginn 2002/2003 auf den Wartelisten, aufgeschlüsselt nach Schularten, Fächerverbindungen und Prüfungsjahrgängen?

2. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber erfüllten nicht die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Wartelisten?

3. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber erhalten voraussichtlich im Laufe der Jahre 2002/2003 noch eine Anstellung?

4. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber wurden auf Grund der Wartelistenbestimmungen nach 5 Jahren von den Wartelisten gestrichen?

5. Wie viele Bewerbungen für den Schuldienst aus anderen Bundesländern liegen der Staatsregierung darüber hinaus vor, insbesondere im Rahmen des sog. Austauschverfahrens bzw. konnten berücksichtigt werden?

6. Wie viele Bewerberinnen und Bewerber haben die Bereitschaftserklärung für dieses Schuljahr nicht abgegeben oder konnten deren Abgabe nicht nachweisen?

7. Wie viele Bewerbungen wurden über Werbeaktionen des Kultusministeriums aus anderen Ländern Europas berücksichtigt (bitte nach Land und Schulart aufschlüsseln)?

8. Wie viele Absolventinnen bzw. Absolventen der 1. Lehramtsprüfung befinden sich derzeit in einer der Qualifizierungsmaßnahmen des Kultusmi-

nisteriums für ein anderes Lehramt (bitte aufgeschlüsselt nach Herkunfts- und Zielschularten)?

9. Wie viele Einstellungen erfolgten a) aus dem laufenden Prüfungsjahrgang und b) aus den Wartelisten?

Antwort des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus:

Zu 1: Zahl der Wartelistenberechtigten mit Lehramt an beruflichen Schulen, insgesamt 88. Davon mit Fachrichtung:

Drucktechnik	1
Wirtschaft	35
Landwirtschaft	1
Ernährung und Hauswirtschaftswissenschaft	1
Metalltechnik	21
Elektrotechnik	15
Sozialpädagogik	14

Da im Rahmen des Nachrückverfahrens (z.B. für neu eingestellte Bewerber, die sich beurlauben lassen oder aus anderen Gründen den Dienst nicht antreten) im Laufe der Personalplanung auch im August und September noch Stellenangebote unterbreitet werden konnten, ist davon auszugehen, dass sich gegenüber dem oben dokumentierten Stand die Zahl der

Wartelistenbewerber in einigen Bereichen noch reduziert hat.

Es ist auch zu berücksichtigen, dass nur noch etwa jeder zweite Wartelistenberechtigte eine Bereitschaftserklärung abgegeben hat, sich also aktuell um eine Planstelle beworben hat (vgl. Frage 5), und dass ein Teil der Bewerber die Bereitschaftserklärung abgibt, ohne ernsthaftes Interesse an der Übernahme in den Staatsdienst zu haben – erkennbar an der größer werdenden Zahl von Stellenabsagen.

Zu 2: Wegen eines schlechteren Gesamtergebnisses als 3,50 konnten bei den Realschulen 2 Lehramtsabsolventen, bei den Gymnasien 5, bei den beruflichen Schulen ein, bei den Grundschulen 2, bei den Hauptschulen 5, von den Sonderschullehrern und Förderlehrern je ein und von den Fachlehrern 7 Lehramtsabsolventen nicht auf die Warteliste übernommen werden.

Zu 3: ... Nach Kenntnis des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sind zum Schuljahr 2002/03 alle Bewerber mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen entweder im staatlichen oder im kommunalen, kirchlichen oder privaten Schuldienst untergekommen. Somit stehen keine Bewerber für weitere Einstellungen zur Verfügung.

Tabelle zu 5:

Lehramt an	außerbayerische Bewerbungen		Lehrertausch	
	insgesamt	darunter mit Erfolg	insgesamt	darunter mit Erfolg
Grundschulen	49	38	41	13
Hauptschulen	26	26	24	5
Sonderschulen	7	7	14	10
Realschulen	190	121	95	18
Gymnasien	243	24	101	21
Berufliche Schulen	21	15	25	8

Zu 5: Darüber hinaus wären weitere außerbayerische Bewerber zum Zug gekommen, wenn nicht die angebotenen Stellen ausgeschlagen worden wären (Tabelle linke Seite).

Zu 7: Es gab im Bereich der Hauptschule sechs berücksichtigungsfähige Bewerbungen von österreichischen Staatsbürgern, die auch erfolgreich waren. Im Bereich der Gymnasien lagen eine britische und zwei österreichische Bewerbungen vor, die allerdings erfolglos blieben. Ein Bewerber

mit österreichischer Lehrbefähigung bewarb sich für berufliche Schulen und wurde eingestellt. Es ist nicht bekannt, ob die Bewerbungen aufgrund einer Werbeaktion erfolgten. Darüber hinaus lagen keine anderen ausländischen Bewerbungen vor.

Zu 9: Darüber hinaus werden 152 Fachlehrer aus dem laufenden Prüfungsjahr und 2 von der Warteliste eingestellt, 21 Förderlehrer des laufenden Jahrgangs und 18 von der Warteliste (Tabelle unten).

bei ihrem Bericht einen genauen Zeitplan vorlegen.

Begründung: Das Bundesgesetz leistet einen wertvollen Beitrag dafür, das Berufsbild der Altenpflegerinnen und Altenpfleger attraktiver zu machen und somit dem bestehenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Auf Grund einer Bundesverfassungsklage der Staatsregierung hat sich die Umsetzung des Bundesgesetzes zur Ausbildung in der Altenpflege bisher verzögert und kann erst zwei Jahre später als geplant am 1. August 2003 in Kraft treten. Um dessen zeitgemäße Umsetzung sicherzustellen, muss mit der Umstrukturierung der Altenpflegeausbildung sofort begonnen werden.

Tabelle zu 9:

Lehramt an	Einstellungen	
	aus dem laufenden Prüfungsjahrgang	von der Warteliste
Grundschulen	740	768
Hauptschulen	419	8
Sonderschulen	257	311
Realschulen	230	117
Gymnasien	362	434
Berufliche Schulen	133	4

Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Schopper, Gote, Kellner, Münzel und Fraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
12. November 2002

Modellprojekte zur integrierten Ausbildung der Pflegeberufe initiieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die über das Bundesgesetz zur Ausbildung in der Altenpflege neu geschaffene Möglichkeit zur Erprobung integrierter Ausbildungsmodelle zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe aufzugreifen und Modellprojekte zu initiieren.

Begründung: Die neuen Anforderungen an die Pflege, die sich vor allem aus dem demographischen Wandel ergeben und der damit einhergehenden veränderten Krankheitsbilder benötigen eine Neuorientierung in der Pflegeausbildung. Auf diese Anforderung hat das Bundesgesetz zur Ausbildung in der Altenpflege reagiert und über eine Experimentierklausel zuge-

lassen, neue Modelle zur integrierten Ausbildung in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege zu erproben.

Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Schopper, Gote, Kellner, Münzel und Fraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
21. November 2002

Umsetzung des Bundesgesetzes zur Ausbildung in der Altenpflege in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, noch in diesem Jahr dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zu berichten, wie sie das Bundesgesetz zur Ausbildung in der Altenpflege umsetzt, so dass sichergestellt ist, dass das Gesetz in Bayern zum 1. August 2003 planmäßig in Kraft tritt und dass der nächste Ausbildungsbeginn nach dem neuen Gesetz erfolgt. Die Staatsregierung soll

Antrag der Abgeordneten Traublinger, Dingreiter, Dr. Wilhelm. Dödel, Meyer, Sackmann (CSU),
5. Dezember 2002

Direkte Zulassung von Handwerksmeistern zur Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, wie der Zugang von Meistern zur Fachhochschule in andern Ländern der Bundesrepublik im Vergleich zu Bayern geregelt ist.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus gebeten, basierend auf den Erkenntnissen der Modellversuche an den Fachhochschulen Amberg-Weiden und Ingolstadt, Handwerksmeistern und -meisterinnen in den anerkannten Ausbildungsberufen den Zugang zum Fachhochschulstudium zu ermöglichen.

Der Präsident: Böhm

Neue Ausbildungsordnung ab 1. August 2003:

Der Kfz-Mechatroniker kommt!

DR. KURT HASSELBERGER

Aller Voraussicht nach wird zum 1. August 2003 die neue Ausbildungsordnung für den Kfz-Mechatroniker in Kraft treten. Sie ersetzt die bisherigen Ausbildungsberufe Kfz-Mechaniker und Kfz-Elektriker. Die neue Berufsbezeichnung ist zwar sprachlich gewöhnungsbedürftig, trifft aber den Kern des Berufes sehr gut, da er ja im wesentlichen aus Mechanik und Elektrik/Elektronik besteht. Der Kfz-Mechatroniker gehört zum neu geschaffenen Berufsfeld Fahrzeugtechnik, ist also nicht mehr den allgemeinen Metallberufen zugeordnet. Mit dieser Neuordnung haben sich die Ausbildungsordnungen dem technischen Wandel angepasst.

Rahmenbedingungen

Die Ausbildung dauert wie bisher dreieinhalb Jahre. Im ersten Ausbildungsjahr durchläuft der Auszubildende eine fahrzeugtechnische Grundbildung, die für Kfz-Mechatroniker, Mechaniker für Karosserie- und Fahrzeugtechnik, Zweiradmechaniker sowie Land- und Baumaschinenmechaniker gleich ist. In der Fachstufe erfolgt für die Kfz-Mechatroniker eine Aufteilung in Schwerpunkte, wie sie in Tabelle 1 dargestellt ist.

Parallel zu den Berufs-Ausbildungsplänen, für die ja die Sozialpartner die inhaltliche Verantwortung tragen, wurden von der Konferenz der Kultusminister die schulischen Rahmenlehrpläne erarbeitet. Die Mitglieder der Rahmenlehrplanausschüsse hatten den Auftrag, berufliche Handlungsfelder zu identifizieren und diese danach in Lernfelder zu transformieren. Es sollte ein handlungsorientierter Rahmenlehrplan entstehen, der den gesamten Geschäftsprozess von der Annahme bis zur Übergabe des Fahrzeugs berücksichtigt. Der bayerische Kfz-Lehrplan von 1999 wurde allen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Nach ausführlichen Diskussio-

nen einigte man sich in der berufsfeldbreiten Grundbildung (1. Ausbildungsjahr) auf vier Lernfelder, wie sie in Tabelle 2 dargestellt sind.

Ebenso wie im bayerischen Lehrplan soll der Schüler im Lernfeld 1 anhand des kleinen Pflege- bzw. Wartungsdienstes einen Überblick über das Gesamtfahrzeug und über die Teilsysteme erhalten. Der Servicegedanke und die Kommunikation mit dem Kunden werden ausdrücklich betont. Im Lernfeld 2 werden die Montagearbeiten in den Vordergrund gestellt. Das können relativ einfache Arbeiten wie die Reifen- und Radmontage sein – aber auch komplexere wie z.B. Montagearbeiten am Motor. Damit ergibt sich eine deutliche Veränderung gegenüber dem Lehrplan von 1999, bei dem noch die Fertigungsverfahren und Prüfverfahren im Mittelpunkt standen. Die laufend zunehmende Bedeutung der Elektrik und Elektronik findet ihren Ausdruck in Lernfeld 3. Es kommt darauf an, bereits in der Grundstufe ein stabiles Fundament für diese Lerninhalte zu schaffen. Mit dem Lernfeld 4 wurde Raum geschaffen zur Behandlung der Steuerungen und Regelungen, sowohl von elektrisch/elektronischen als auch von hydraulischen und pneumatischen Systemen. Im Vergleich zum bayerischen Lehrplan von 1999 lässt sich zusammenfassend feststellen, dass die Grundstufen-Lernfelder zwar neue Formulierungen erhalten haben, aber die Inhalte in großen Teilen identisch sind.

Fachstufe 1

Im 2. Ausbildungsjahr sind für den Kfz-Mechatroniker, Schwerpunkt Pkw-Technik, folgende Lernfelder vorgesehen. (Tabelle 3)

Lernfeld 5 beinhaltet neben Starter und Generator auch moderne Verfahren wie z.B. die Brennstoffzelle. Lernfeld 6 entspricht im wesentlichen unseren gewohnten „Motorbaugruppen“. Im Lernfeld 7 fällt auf, dass Otto- und Dieselmotoren in einem Lernfeld zu-

sammengefasst wurden. Damit kommt auch zum Ausdruck, dass sich trotz aller Unterschiede eine Annäherung bei der Verbrennungsverfahren feststellen lässt so z.B. bei der elektronische Regelung oder bei der Direkteinspritzung. Den Kern des Lernfeldes 8 bildet die gesetzliche Abgasuntersuchung – eine gute Gelegenheit sowohl den Servicecharakter und als auch den Umweltschutz in den Vordergrund zu stellen.

Bei den anderen Schwerpunkten (Nutzfahrzeugtechnik, Fahrzeug-Kommunikationstechnik, Motorradtechnik) liegen im 2. Ausbildungsjahr weitgehend die gleichen Lernfelder vor, die Zeitanteile wurden jedoch etwas unterschiedlich gewichtet.

Fachstufe 2

Im 3. bzw. 4. Ausbildungsjahr sind für den Kfz-Mechatroniker, Schwerpunkt Pkw-Technik, folgende Lernfelder vorgesehen. (Tabelle 4)

Die Lernfelder 9 und 10 sind mit dem bayerischen Plan von 1999 inhaltlich deckungsgleich. Lernfeld 11 wurde aufgenommen, weil der Ausbildungsplan diese Inhalte verpflichtend vorsieht. Der technische Fortschritt findet seinen Niederschlag besonders im Lernfeld 12, in dem u.a. die Datenbus-Technik zu behandeln ist. Im Lernfeld 13 liegt der Schwerpunkt auf den Komfort- und Sicherheitssystemen wie z.B. dem Airbag. Die Karosserie wurde in seinem Umfang zurückgenommen. Für Reparaturen ist eigentlich der „Mechaniker für Karosserie- und Fahrzeugtechnik“ zuständig. Lernfeld 14 thematisiert die Hauptuntersuchung nach StVZO. Damit rücken die Verkehrssicherheit und die dazu gehörenden gesetzlichen Vorschriften in den Mittelpunkt des Interesses.

Bei den anderen Schwerpunkten (Nutzfahrzeugtechnik, Fahrzeugkommunikationstechnik, Motorradtechnik) sind die Lernfelder 9, 10, 11 und 12 in ähnlicher Weise gestaltet, wenn auch mit anderen Zeitanteilen versehen. Dazu ein Beispiel: In der Nutzfahrzeugtechnik sind für die Kraftübertragungssysteme 80 Std. vorgesehen, bei der Fahrzeugkommunikationstechnik nur 40 Std. Gravierende Unterschiede gibt es jedoch ab dem Lernfeld 13: Für

Schwerpunkte in der Fachstufe des Kfz-Mechatronikers

Personenkraftwagentechnik	Motorradtechnik
Nutzfahrzeugtechnik	Fahrzeug-Kommunikationstechnik

Tabelle 1: Schwerpunkte

Lernfeld 1	Durchführung von Pflege- und Wartungsarbeiten an Fahrzeugen oder Systemen	100 Std.
Lernfeld 2	Durchführung von Demontage-, Instandsetzungs- und Montagearbeiten	80 Std.
Lernfeld 3	Prüfen und Instandsetzen elektrischer und elektronischer Systeme	80 Std.
Lernfeld 4	Prüfen und Instandsetzen von Steuerungs- und Regelungssystemen	60 Std.

Tabelle 2: Lernfelder der Grundstufe

Lernfeld 5	Prüfen und Instandhalten von Energieversorgungs- und Startsystemen	80 Std.
Lernfeld 6	Prüfen und Instandsetzen der Motormechanik	60 Std.
Lernfeld 7	Diagnostizieren und Instandhalten von Motormanagementsystemen	100 Std.
Lernfeld 8	Durchführen von Service- und Instandsetzungsarbeiten an Abgassystemen	40 Std.

Tabelle 3: Lernfelder im 2. Ausbildungsjahr

Lernfeld 9	Prüfen und Instandhalten von Kraftübertragungssystemen	60 Std.
Lernfeld 10	Prüfen und Instandhalten von Fahrwerks- und Bremssystemen	100 Std.
Lernfeld 11	Nachrüsten und Inbetriebnehmen von Zusatzsystemen	60 Std.
Lernfeld 12	Informations- und Diagnosetechnik zur Instandsetzung von vernetzten Systemen anwenden	80 Std.
Lernfeld 13	Karosserie-, Komfort- und Sicherheitssysteme diagnostizieren und instandsetzen	60 Std.
Lernfeld 14	Servicearbeiten für eine gesetzliche Untersuchung durchführen	60 Std.

Tabelle 4: Lernfelder im 3./4. Ausbildungsjahr

die Nutzfahrzeugtechnik ist das „Prüfen und Instandsetzen von elektropneumatischen und -hydraulischen Systemen“ vorgesehen. Damit wurde Raum geschaffen zur ausführlichen Behandlung der Lkw-Druckluftbremse. In der Motorradtechnik wird im Lernfeld 13 das „Prüfen und Instandsetzen fahrsicherheitsrelevanter Systeme“ verlangt. Dieses Lernfeld ist somit sehr weit gefasst und schließt neben den Bremsen auch den Rahmen und die Fahrdynamik mit ein. Im Lernfeld 14 liegt bei den Nutzfahrzeugmechanikern der Schwerpunkt eher auf der Sicherheitsprüfung (SP) nach StVZO. Für die Fahrzeugkommunikationstechnik ist folgendes vorgesehen: „Drahtlose Signalübertragungssysteme prüfen,

instandsetzen und nachrüsten.“ Nach heutigem Stand der Technik wird man sich hier mit der Bluetooth-Technologie auseinandersetzen müssen. Gerade mit diesem Lernfeld wird die Fahrzeugkommunikationstechnik ihr besonderes Profil erhalten. Auch die Motorradtechnik erhält mit dem Lernfeld 14 ihre charakteristische Ausprägung, denn dort ist die „Beratung bei der Auswahl von Ausrüstungs- und Fahrzeugkomponenten“ vorgesehen. Damit wird berücksichtigt, dass in diesem Bereich traditionell ein direkter Kundenkontakt besteht, der kaufmännische Tätigkeiten mit einschließt.

Aus diesen Unterschieden in Lernfeld 13 und 14 ergibt sich, dass in der Fachstufe 2 je nach Schwerpunkt eige-

ne Klassen oder zumindest Unterrichtsgruppen gebildet werden müssen.

Die kommenden Aufgaben

Es ist davon auszugehen, dass das Bundesland Bayern die 14 Lernfelder des KMK-Rahmenlehrplans vollständig übernimmt. Das bayerische ISB wird sie jedoch zu Unterrichtsfächern bündeln, wie das bei anderen Berufen auch bereits geschehen ist. Dazu ein Beispiel: Lernfeld 1 (Wartung und Pflege), Lernfeld 8 (Abgasuntersuchung), Lernfeld 14 (Hauptuntersuchung) könnte zum Unterrichtsfach Kfz-Service zusammengefasst werden. Dieses Unterrichtsfach wäre damit sowohl in der Grundstufe als auch in beiden Fachstufen vertreten.

Der neue KMK-Lehrplan gibt im wahrsten Sinne des Wortes nur den Rahmen vor. Die Formulierungen sind extrem abstrakt bzw. allgemein gehalten. Im Lernfeld 1 ist ein Verständnis der Kfz-Teilsysteme verlangt – aber nicht einmal der Otto-Viertakt-Motor ist explizit erwähnt! Ähnlich in Lernfeld 9 bei der Kraftübertragung: Kuppelung, Getriebe, Achsantrieb sind wieder nicht ausdrücklich erwähnt! Der KMK-Rahmen muss also erst nach dem jeweiligen Stand der Technik mit Leben gefüllt werden. Dies wird wohl geschehen mit einer „Umsetzungshilfe“, die durch Koordination des ISB von den zuständigen Fachleuten erstellt wird. Danach müssen an den Schulen aus den Lernfeldern konkrete Lernsituationen bzw. Unterrichtseinheiten entwickelt werden. Dies wird allerdings viel Arbeit bereiten.

Ebenfalls wie der bayerische Plan von 1999 ist der Rahmenplan handlungsorientiert aufgebaut. So gibt es nur noch Fachunterricht, aber keine Aufteilung in klassische Unterrichtsfächer wie Fachrechnen oder Fachzeichnen! In einzelnen Bereichen stellt der Plan eine notwendige Anpassung an den technischen Fortschritt dar. So z.B. das Lernfeld 12 („vernetzte Systeme“). Aus bayerischer Sicht dürfte die Umstellung auf den neuen KMK-Rahmenlehrplan aber nicht all zu schwer fallen, da viele Lernfelder ähnlich oder nahezu deckungsgleich konstruiert wurden. <

13 Jahre Berufsschul-Partnerschaft Dachau – Oswiecim (früher Auschwitz):

„Ausgerechnet mit dieser Stadt“

ROBERT BAARS

„Polen? Nein danke!“ – „Nach Polen? Da ist doch nichts los!“ – „Warum denn nicht in ein schönes Nachbarland?“ – „Polen, na gut. Aber warum ausgerechnet mit dieser Stadt?“ – „Wir haben schon genug Probleme mit dem Namen „Dachau“. Und jetzt noch „Auschwitz“ dazu – ich weiß nicht.“

Ausdrücke des Unbehagens und der Ablehnung, vielleicht auch einer unterschwelligten Angst. Es sind natürlich Vorurteile, aus dunklen Quellen genährt und keineswegs nur von Jugendlichen geäußert. In unschöner Regelmäßigkeit schlagen sie seit 13 Jahren Lehrkräften der Berufsschule Dachau entgegen, die bei ihren Schülern für die aktive Teilnahme an der Partnerschaft mit 2 beruflichen Schulen im südpolnischen Oswiecim, dem früheren Auschwitz, werben. Und wie alle Vorurteile halten auch diese sich hartnäckig und sind mit Worten allein kaum zu entkräften.

Dennoch besteht die Schulpartnerschaft nun schon im 13. Jahr. In ununterbrochener Folge haben in jedem Frühjahr 20 bis 24 Schülerinnen und Schüler sowie 2 bis 4 Lehrkräfte der Dachauer Berufsschule ihre Partnerschulen in Oswiecim für 10 Tage besucht: die „Szkoła Zawodowych Towarzystwa Salezjańskiego“ (von Salesianern geführte Berufs- und Berufsfachschule) und die „Szkoła Ekonomiczna“ (staatliche Wirtschaftsschule mit Lyzeum). Und jeweils im Herbst erschien der Gegenbesuch einer aus beiden Schulen gemischten Gruppe in Dachau. Vorurteile und Ängste verschwanden bei den Teilnehmern nach den konkreten Begegnungen und kehrten sich um in begeisterte Zustimmung. Und mit Blick auf die Nichtteilnehmer und die Dachauer Öffentlichkeit kann man sagen: Wenn auch die Bedenken noch nicht ganz verschwunden sind, so ist die Akzeptanz doch gewachsen oder zumindest

zu einer Art wohlwollender Duldung geworden.

Welche Gründe hat dieser erfreuliche Wandel zu einer positiveren Einstellung zum „Nachbarn Polen“ allgemein und zu den Menschen „ausgerechnet dieser Stadt“ im Besonderen?

Erfahrungen der Teilnehmer

Zum einen wirken sich die Erlebnisberichte der Schüler und Lehrkräfte aus, die an den Austauschprogrammen in Oswiecim als Gäste und bei den Gegenbesuchen als Gastgeber teilgenommen haben. Von großartiger Gastfreundschaft und Herzlichkeit wussten sie zu berichten. Aber vor allem auch davon, dass ein offener Umgang mit den Themen der Zeitgeschichte an den Orten des Grauens, Auschwitz 1 und Birkenau, zusammen mit den Jugendlichen aus Oswiecim möglich war, ohne dass jemals Vorwürfe oder Schuldzuweisungen eine Rolle gespielt hätten. „Leszek, mein Gastgeber in Oswiecim“, berichtet Philipp, ein Dachauer Schreiner-Azubi, „hatte mir erzählt, dass seine Großeltern von den Nazis aus ihrem Bauernhof im Dorf Brzezinka (= Birke-

nu) vertrieben und später ermordet wurden. Nun waren wir gemeinsam in der Gedenkstätte Birkenau. Ich hatte ein total beklemmendes Gefühl. Am schlimmsten war es, als wir vor den Fundamenten des „Weißen Hauses“ standen. Der deutsch sprechende Betreuer sagte, das sei bis 1941 ein normales Bauernhaus gewesen. Die SS habe die Bewohner „umgesiedelt“ und das Haus in eine „provisorische“ Gaskammer umgewandelt. Hier sei vermutlich auch Edith Stein „vergast“ worden. Ich konnte diese sachlichen Erläuterungen schon nicht mehr hören. Mir ging es einfach schlecht. Der Leszek hat das gemerkt und den Arm um mich gelegt. Gesagt hat er nichts. Aber ich habe gespürt, dass er mir helfen wollte. Wir haben später noch öfter über diese Sachen gesprochen. Wenn ich Urlaub habe, im Sommer, fahre ich zu ihm, da wollen wir gemeinsam eine Woche in den Beskiden wandern, mit Zelt und so.“

2. Vielseitigkeit statt „Kopflastigkeit“

Beim ersten Besuch in Oswiecim 1990 standen das Kennenlernen der KZ-Gedenkstätten Auschwitz 1 und Birkenau und Gespräche mit Überlebenden noch im Mittelpunkt. Die Erfahrungen an diesen Orten erschütterten die deutschen Schüler und Lehrer in ungeahnter Weise. „Ich dachte“, sagte



Deutsche und polnische Schüler zusammen mit ihren Lehrkräften und dem Stadtpäsidenten vor dem Rathaus in Oswiecim.

die 18-jährige Karin aus Unterweilbach, „ich hätte das alles schon gewusst. Aber nach der Führung durch Birkenau habe ich gemerkt, dass ich noch gar nichts wusste. Dass das Unbegreifliche wirklich geschehen ist – das habe ich erst hier richtig gespürt. Bevor jemand irgend etwas über Auschwitz sagt, sollte er zuerst hierher kommen.“

Die Authentizität der Orte bewirkten Erschütterung, Fassungslosigkeit, Ratlosigkeit, Empörung. Aber wie sollte es weitergehen? Nach Oswiecim fahren, sich den Schauplätzen des Leidens und der Verbrechen stellen, fragen, diskutieren, Quellenstudium betreiben, in den Gedenkstätten arbeiten, mit Zeitzeugen sprechen – und wieder heimfahren? Schon nach den ersten Kontakten mit Schülern zeigte sich, dass die Jugend beim Thema Vergangenheit nicht stehen bleiben wollte. Dass es sie vielmehr drängte, voneinander mehr zu erfahren und vor allem: miteinander etwas zu tun. Sollte eine lebendige Schulpartnerschaft entstehen, müssten die Begegnungsprogramme vor allem auch solche Dinge enthalten, die für das heutige Leben der jungen Menschen auf beiden Seiten Bedeutung haben. Dass die Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte wesentlich dazu gehört, wenn Menschen aus Dachau und Auschwitz miteinander umgehen, bestritt nie-

mand. Aber musste sie Dreh- und Angelpunkt sein? Durfte sie es überhaupt sein, wenn Einander-Näherkommen gelingen sollte? Es zeigte sich, dass eine einseitige und „kopflastige“ Befrachtung der Programme mit Themen der „Zeitgeschichte“ eher Ablehnung und Überdruß bewirkten – vor allem auch auf polnischer Seite. „Wir haben schon so oft die Gedenkstätten besucht“, sagt Marcin Tekieli, Schreinerlehrling bei den Salesianern. „In der Schule wurde schon so viel darüber geredet. Was geschehen ist, war und ist furchtbar. Wir wissen es, aber das können wir ja nicht mehr ändern. Wir wollen aber etwas verändern: vor allem, dass wir uns mit den deutschen Jungen und Mädchen besser verstehen. Nur immer diskutieren über Ursachen, Schuld, Scham – bringt uns das weiter? Wollt ihr das selbe machen wie die meisten Oswiecim-Besucher? Sie erfahren in den Gedenkstätten, was in den Lagern geschehen ist. Dies erschüttert sie so, dass sie an nichts anderes mehr denken können und – heimfahren. Sie waren nur in Auschwitz, nicht in Oswiecim. Begegnung mit dem heutigen Polen und uns heutigen Polen hat nicht stattgefunden. Ist das gut? Wenn wir nach Dachau kommen, wollen wir vor allem das heutige Deutschland und die heutigen Deutschen kennen lernen. Natürlich auch die Gedenkstätte.

Aber doch nicht nur!“

So kamen die Dachauer Pädagogen mit ihren polnischen Kollegen überein, die Programme möglichst vielseitig und jugendorientiert zu gestalten; zwar unter sehr ernsthafter Einbeziehung der Zeitgeschichte mit wirklich qualifizierten Führungen und Gesprächen in den Gedenkstätten, auch mit sinnvollem Tun (praktischen Arbeiten, Gottesdiensten), aber im Programm „dezentriert“ und im Rahmen gegenwartsorientierter Schwerpunkte wie: Kennenlernen der Städte, der Ausbildungsbetriebe, des Berufsschulunterrichtes in Klassenzimmern und Werkstätten mit gruppenweiser Unterrichtsteilnahme, Ausflügen nach Krakau und Warschau, in Bayern nach Augsburg und Regensburg und natürlich München, in die polnischen Beskiden und ins bayrische Voralpenland, wo sich besonders zum idyllischen Markt Mittenwald eine Art Dreiecksbeziehung entwickelte durch das Engagement des Bürgermeisters und des Leiters der Standortverwaltung. Gemeinsame Theater- und Konzertbesuche, Fußballspiele und viele gesellige Veranstaltungen, immer auch ein gemeinsamer Oktoberfestbesuch (ermöglicht durch das Wohlwollen der Spatenbrauerei) schufen Freude, stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl und bewahrten vor düsterem Verharren in der Vergangenheit. Die Frage „Warum ausgerechnet mit dieser Stadt?“ stellte sich kaum noch. Ein Stück Normalität und Befreiung war erreicht worden. Und die wiederum erwies sich als Voraussetzung für ein vorurteilsfreies Einlassen auch auf „die“ Vergangenheit!

Familienintegration

Die Unterbringung in den Familien der Gastgeberschüler trug ganz wesentlich zum Abbau von Berührungängsten bei. Diese sind oft sehr massiv. Ihre Ursachen sind Unkenntnis, Vorurteile, Abwertungsgewohnheiten: „Haben die auch Badezimmer und richtige Toiletten? Wohnen die denn in richtigen Häusern? Haben die auch nichts gegen Deutsche? Kann ich mich überhaupt verständigen?“ Diese und ähnlich unglaubliche Sorgen unter-



Das Programm möglichst jugendgemäß gestalten: Deutsche und polnische Schüler bei gemeinsamer Bergtour in den Alpen.

streichen die Notwendigkeit der Aufklärung. Reden allein bewirkt wenig, tatsächliches Kennenlernen viel. Für manche allerdings bleibt die private Unterbringung der entscheidende Grund zur Nichtteilnahme! – 1990 und 1991 wohnte die Dachauer Gruppe in der Jugendbegegnungsstätte Ausschwitz. Das war sehr schön. Aber man blieb mehr oder weniger (Gedenkstätten-) Tourist, isoliert vom Alltagsleben. Außerdem war es zu teuer. Seit 1992 wohnen die Dachauer Jugendlichen, möglichst einzeln (wozu es manchmal zäher Ermutigungsarbeit bedarf), bei den polnischen Familien. Erst hier wird das wirkliche Leben erfahren, weil es Teilnahme bedeutet. Und regelmäßig gehen den Gästen die Augen auf die Gastfreundschaft ist überwältigend! Aus der Angst, sich auf die fremden Verhältnisse einzulassen, wird befreiende Zustimmung, und die Bereitschaft, Gastgeber zu sein beim Gegenbesuch im Herbst in Dachau, wird zur Selbstverständlichkeit. Erst im Kontakt zu den Familienmitgliedern werden Phantasie und Einfühlungsvermögen zur Verständigung wirklich gefordert, denn die Sprachbarrieren sind oft hoch. (Zwar lernen alle polnischen Teilnehmer Deutsch oder Englisch, aber die deutschen nicht Polnisch! Umso größer ist die Freude, wenn Verständigung gelingt und Vertrautheit, nicht selten Freundschaft entsteht. Solche Erfahrungen werden dann natürlich auch von den Daheimgebliebenen wahrgenommen. „Kann ich das nächste Mal mitfahren?“, fragt manch einer, der zuerst den Mut zum Mitmachen nicht aufgebracht hat.

Die Polen wohnen bereits seit 1991 in deutschen Familien. Da die Jugendlichen sich seit der Begegnung im Frühjahr in Polen kennen, spielen Vorbehalte keine nennenswerte Rolle mehr.

Berufliche Praktika

Berufsausbildung findet in der Berufsschule und in (Ausbildungs-)Betrieben statt – in Deutschland und Polen allerdings in verschiedener Gewichtung. In Polen lernt man einen Beruf im Wesentlichen in der Schule, beglei-

Innungsobermeister Jakob Grünerbel mit seinem polnischen Praktikanten Krzysztof Urbanczyk.



tend praktizieren die Berufsschüler in verschiedenen Betrieben ihrer Branche. Warum nicht auch mal in einem deutschen Ausbildungsbetrieb? Das war die Idee. Ihre Verwirklichung brauchte Zeit.

Als die Genehmigung der polnischen Schulbehörden schließlich vorlag, absolvierten erstmals 1998 zwei Schreinerlehrlinge des Salesianums vierwöchige Praktika in den Schreinerreifachbetrieben des Innungsobermeisters Jakob Grünerbel in Wiedenzhausen und seines Stellvertreters Benno Huber in Petershausen, sehr zur Zufriedenheit der Ausbilder wie der Praktikanten. Was sich bewährte, das wuchs: bis dato haben 22 Jugendliche aus Oswiecim ihre Praktika in Dachau und Umgebung gemacht: 4 Mädchen der Wirtschaftsschule im Dachauer Kaufhaus Hörhammer vom Salesianum 10 Schreiner bei Grünerbel und Huber, 2 Metalller bei MAN-Nutzfahrzeuge in München, 6 Kfz-Mechaniker in den Dachauer Fachbetrieben Schneider-Nutzfahrzeuge, Mercedes Kratzmeier und Auto Rapp.

Die Praktika in Dachau haben in Polen einen hohen Stellenwert. Der Schulkurator (eine Art Kulturminister) der Wojewodschaft Malopolska, zu der Oswiecim gehört, sagte vor einem Jahr: „Eine Schulpartnerschaft ins Berufsleben hinein zu verlängern, ist eine zukunftsweisende Idee. Zusammen lernen und arbeiten, das verbindet die Menschen und fördert Humanität und Toleranz mehr als tausend Worte.“ Umgekehrt ist es schwie-

riger. Im dualen System sind Auszubildende teuer und müssen fleißig mitarbeiten. Zwei Gründe, warum Ausbildungsbetriebe sie schwerlich freigeben zum Praktizieren in polnischen Lehrwerkstätten. Ob es eines fernen Tages die Einrichtung „Bildungsurlaub“ gibt? Aber wer entschädigt den Ausbilder/Arbeitgeber für den Arbeitsausfall? Wer übernimmt die Ausbildungsvergütung? Der bisher einzige Dachauer Berufsschüler, der ein Praktikum in der Schreinerwerkstatt des Salesianums machte, Johannes Wegele aus Odelzhausen, hat dafür seinen Urlaub geopfert.

Politik und Öffentlichkeit

Sowohl in Dachau als auch in Oswiecim wird diese Schulpartnerschaft ideell und finanziell durch Kommunalpolitiker unterstützt. Landrat Hansjörg Christmann gab sogar den ersten Impuls, indem er bereits 1989 den Besuch einer Dachauer Berufsschulgruppe in Oswiecim anregte. Schon 1991 lud er den Stadtpräsidenten von Oswiecim, Dariusz Dulnik, nach Dachau ein. Die Empfänge der Schülergruppen im Landratsamt finden jedes Jahr in herzlicher und ermutigender Atmosphäre statt. Auch in Oswiecim werden die Dachauer Schülergruppen stets vom Stadtpräsidenten persönlich empfangen. Und bei allem Vorbehalt gegenüber großen Worten registrierten es die Dachauer Lehrkräfte und Schüler mit großer Freude, als der Stadtpräsident Josef Krafczyk 1997 sagte: „Durch Euch, durch die vielen

Fortsetzung Seite 19

Inhaltsverzeichnis 2002



Thema des Tages	Heft / Seite
Sauerwein Herrmann: Zum Jahreswechsel	01/03
Thiel Peter: Nachdenken über PISA	02/03
Sauerwein Herrmann: Reizthema Weiterbildung	03-04/03
Sauerwein Herrmann: Aufruf zu den Personalratswahlen	05/03
Gedenkfeier für die Opfer in Erfurt	06/03
Thiel Peter: Lernziel vergessen	06/05
Thiel Peter: Hat der Wind gedreht?	07/03
Der VLB zur PISA-Studie	08-09/03
Thiel Peter: Voll im Trend – Modus 21	10/03
Aufruf zur Protestveranstaltung der abl	10/04
abl: Empörung über Kabinettsbeschluss zur drastischen Einschränkung der Altersteilzeit	10/05
abl: Aussetzung der Leistungsstufen angekündigt – Empörung nimmt zu	10/05
Thiel Peter: Passau erwartet die VLBl	11/03
Thiel Peter: abl-Protestveranstaltung in München	11/04
CSU-Pressemitteilung: Haushaltsplanungen im Sinne des Öffentlichen Dienstes geändert	11/06
Bildungspolitik	
PISA – Synonym für deutsches Schuldebakel	01/03
Thiel Peter: Neue Lernkonzepte in der dualen Ausbildung	01/09
Landtagsinitiativen unter Lupe	01/09
PISA: Bayern stellt sich dem Bildungswettbewerb	02/04
Aus dem Landtag	02/05
Top-Ten-Liste der Ausbildungsberufe	02/06
Prinzip „Stille Post“	02/07
Prof. Dr. Hermann Wolfgang: Berufsbildung – Pforte zur Menschenbildung	03-04/04
Wechsel im abl-Präsidium	03-04/06
Prognose zum Lehrerberuf	03-04/06
Thiel Peter: Runder Tisch zur Arbeitsbelastung in der Schule	03-04/07
Thiel Peter: Parlamentarischer Abend mit der SPD	05/04
Der EUROPASS-Berufsbildung in Deutschland	05/08
Sorge um den Lehrernachwuchs	05/10
dpa: Weniger Jugendliche beginnen Berufsausbildung	05/10
BBB: Ursachenforschung zu Frührentierungen	05/10
Thiel Peter: arge-alp tagte in Tettng	06/06
dpa: Schulabschluss-Niveau prägt Abschneiden bei Gesellenprüfung	06/10
Waidhauser Michael: Wozu Lehrer werben?	06/10
Leischner Dietmar: Qualitätsindikatoren schulischer Bildung	06/11
Thiel Peter: Parlamentarischer Abend mit der CSU	07/04
Dr. Waschler Gerhard: Rückendeckung für Lehrer – unverzichtbare Aufgabe der Gesellschaft	07/07
dpa: Mehr Qualitätskontrollen in den Schulen	07/07
dpa: Die Länder zur Schulreform aufgefordert	07/08
dpa: Handwerk will mit Imagekampagne punkten	07/08
BiBB: Qualifizierungsbausteine in der Berufsvorbereitung	07/08
ddp: Schule darf jetzt Eltern Volljähriger informieren	07/09
dpa: Konjunkturelle Schwäche belastet Lehrstellenmarkt	07/09

	Heft / Seite
dpa: Bayern will gestressten Lehrkräften helfen	07/09
Liebel Alexander: Mit dem Dualpartner im Gespräch	08-09/04
Thiel Peter: VLB-Studienfahrt in die Schweiz	08-09/06
Leischner Dietmar: Das Bildungssystem der Schweiz	08-09/10
Thiel Peter: Ist die Schieflage korrigierbar – Expertenrunde zur PISA-Studie	08-09/12
abl-Pressemitteilung: Zum Spitzenergebnis haben alle Schularten beigetragen	08-09/14
dpa: Lage auf dem Lehrstellenmarkt kritischer als im Vorjahr	08-09/15
dpa: Eltern sollen Schulprobleme ihrer erwachsenen Kinder erfahren	08-09/15
dpa: Arbeitskreis Lehrgesundheit ins Leben gerufen	08-09/15
dpa: Bei Schulreform an einem Strang ziehen	08-09/15
Sauerwein Herrmann: Gespräch mit Herbert Pascher	08-09/16
Thiel Peter: Pressekonferenz des KM zum Schuljahresbeginn	10/06
KM: Bayern stellt im SJ 02/03 5200 Lehrkräfte ein	10/07
Lehrerrundbrief per email aus dem KM	10/07
dpa: Statt Schulpflicht künftig Lernverträge?	10/09
dpa: OECD-Lehrer-Leistungsvergleich	10/10
dpa: Welttag des Lehrers: Lehrerverbände warnen vor Nachwuchsmangel	11/12
BiBB: Check für Weiterbildungsqualität in den Ländern	11/13
DL: Josef Kraus erneut Präsident des DL	11/13
DL-Pressemitteilung: Verkürzung der beruflichen Bildung gefährdet deren Qualität	11/13
Kraus Josef: Offensive im und für den Lehrerberuf	11/14
BiBB: Stellenwert deutscher Berufsbildung gefährdet	11/14
Kraus Josef: Zur aktuellen Lage an den beruflichen Schulen	12/16
Tagungen, Kongresse und Festveranstaltungen	
6. Berufsbildungskongress:	
Passau – Leben an drei Flüssen	07/11
Botzlar Heinz-Jürgen: Wege nach oben – Staatl. Wirtschaftsschule Passau stellt sich vor	08-09/24
Weiser Ernst: Leitziel Persönlichkeitsförderung an der BS II	08-09/25
Sehenswürdigkeiten in Passau	08-09/26
Dr. Haggemüller Reinhold: Die staatl. FOS/BOS stellt sich vor	10/11
Programmübersicht	10/12
Sehenswürdigkeiten in Passau	10/15
Schacherl Rudolf: Die BS I – eine Bildungseinrichtung mit hohem Qualitätsanspruch	11/07
Aktualisierte Programmübersicht	11/09
Thiel Peter: Drei Tage Passau – ein Rückblick	12/03
Thiel Peter: Nüchterne Fakten im prunkvollem Ambiente	12/05
Ruf Martin: Forum Bildungspolitik	12/13
Geiger Herbert: Forum Dienstrecht	12/14
Fachtagung Gesundheitsberufe:	
Lamprecht Wolfgang: Neuer Ausbildungsgang: Fachlehrer für Gesundheitsberufe	06/27

	Heft / Seite		Heft / Seite
Fachtagung Lehrergesundheit:			
Geiger/Ruf: Wege zur Gesunderhaltung der Lehrkräfte gefunden	07/23	Besetzung von Schulleitungsstellen	10/17
VLB-Pressemitteilungen			
Bayerischer Landtag erkennt Untauglichkeit des Beurteilungssystems für Lehrkräfte an	05/13	Neuordnung der handwerklichen Metallberufe	11/15
Der VLB zum Schuljahresbeginn	10/08	Anrechnungsstunden für Systembetreuer	11/16
Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung sichern	12/11	Überführung des Studiums an der TUM zu Diplomstudiengang	11/17
Aus dem Landtag			
Anfragen – Anträge – Beschlüsse sowie 05/11; 06/13;08-09/18; 10/18; 11/18; 12/19	03-04/19	Lehrerbildung	
Personalvertretung			
Heckner, Ingrid: Dienstliche Beurteilung – als Führungsinstrument noch zeitgemäß	02/08	Pohlmann Heiko: www.karriere-mit-zukunft.de	02/09
Personalratswahlen 2002	03-04/09	Pohlmann Heiko: Visionen zur Lehrerbildung	03-04/16
Heckner, Ingrid: HPR – Kämpfer für bessere Rahmenbedingungen	03-04/09	Pohlmann Heiko: Sondermaßnahmen beschlossen	03-04/17
Lehrerverbände machen Front gegen neues Beurteilungssystem	03-04/10	KM: Bayern öffnet Berufsschullehreram für Diplominhaber	03-04/18
CSU reformiert Beurteilungssystem für Lehrer	03-04/11	Pohlmann Heiko: Lehrerbildung – ganzheitlich oder modular	06/15
Wahl zum Hauptpersonalrat	05/17	Thiel Peter: Studium Elektrotechnik in Nürnberg-Erlangen möglich	06/16
HPR-Wahl: Ergebnis nochmals gesteigert	07/27	Hiener/Müller/ Riedl: Modellversuch AQUA	08-09/22
Endergebnisse der HPR-Wahl	10/15	Pohlmann Heiko: Anwärtersonderzuschläge im nächsten Jahr	12/18
Dienstrecht			
Greubel Manfred: Versorgungsänderungsgesetz	01/11	Pädagogik und Unterricht	
Greubel Manfred: BBB Delegiertentag	03-04/12	Thiel Peter: Shell-Jugendstudie: Die Jugend zeigt Europa die kalte Schulter	01/14
Kultusministerin Hohlmeier: Klares Bekenntnis zum Beamtentum	03-04/15	Stuchlik Christina: Schulentwicklung über erlebnis-pädagogische Tage	01/16
Sauerwein Hermann: Zehn Hinweise zur privaten Altersversorgung	07/10	BiBB: Büroberufe: Bewährungsprobe bestanden	01/18
VLB-Gespräch zum Thema Anwärterbezüge mit MdL Ach und Dr. Eykmann	08-09/20	Stephan Helmut: Aus US-Mänteln schlüpfen Legal Persons	01/19
Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums zur Reform der Beamtenversorgung	08-09/21	Towara Wolfgang: Gesamtkonzept Fremdsprachenunterricht in Bayern	02/11
Stat. Bundesamt: Altersteilzeit im öffentlichen Dienst	08-09/21	Sembill/Seifried/Brouer: SoLe – erste empirische Ergebnisse liegen vor	02/13
Greubel Manfred : Rechtsschutz – Haftung des Verbandes	11/20	Zeller, Bernhard: Schulentwicklung an Wirtschaftsschulen	02/16
VLB-Initiativen			
Schreiben, Anträge, Antworten		Siska Franz: August-Sander-Bilder für den beruflichen Unterricht	02/18
Dienstliche Beurteilung	01/13	Dr. Hanke Ottmar: Lehrereinsatz in BVJ- und Jungarbeiterklassen	02/20
Frühjahrsferien in Bayern	02/10	Thiel Peter: Zum Outfit gehört die Kappe	02/22
Nachwuchssicherung: Anwärtersonderzuschläge	02/10	Hieber/Kegelmann/Kusche: Sozialbetreuer – staatliche geprüfte Berufe	02/22
Dienstliche Beurteilung	03-04/21	Bildungsrecht und Lehrpläne online	03-04/22
Freier Eintritt für VLB-Mitglieder in staatliche Schlösser, Gärten und Museen	03-04/22	Gissler/Koch/Wiessner: BBZ Münnerstadt gewinnt isi-Preis 2001	03-04/23
Dienstliche Beurteilung wird reformiert	05/13	Claus Dietrich: Zukunftswerkstatt Europa	05/15
Mobile Reserve an allen bayerischen Schulen	05/15	Seifried/Sembill: Weitere Ergebnisse aus der SoLe-Untersuchung	06/19
Anwärterzuschläge	05/15	Swoboda Peter: EU-COMENIUS 1-Projekt – ein Wagnis für die Schule?	06/22
Zulagengewährung für Werkstattausbilder on FOS	05/15	Schöne Wieland: Das Vergnügen Deutsch-Aufsätze zu korrigieren	06/23
Personalversorgung an FOS und BOS	06/17	Ruf Martin: Studie zur Qualität von Zeitungen	06/24
Anrechnungsstunden für Systembetreuer	06/18	Stephan Helmut: Neues Finanzierungsmodell mit Firmenmänteln	06/25
Periodische dienstliche Beurteilung 2001	10/16	Wiedemann/Voreck: Projekt Multimedia-CD	07/12
Neufassung der dienstlichen Beurteilung von staatlichen Lehrkräften	10/16	Leder/Gruber: Praxistest für Projektmanager	07/14
Unterrichtsversorgung an FOS/BOS	10/17	Ruf Martin: Jugendliche und Medien	07/15
		Medienrat verabschiedet Resolution zur Jugendschutzreform	07/16
		Thiel Peter: Janusz Korczak zum 60. Todestag	07/17
		Thiel Peter: Peter Petersen zum 50. Todestag	10/22
		Prof. Dr. Schelten: Schüleraktiver Unterricht an beruflichen Schulen	10/23
		Lauer/Riedl: Ideenbörse zur Gestaltung von „Schulwohnstuben“	10/26
		Hanke Ottmar: Gewalt an der Berufsschule – was können wir tun?	11/21
		Thiel Peter: Friedrich Fröbel zum 150. Todestag	11/25
		Thurner Franz: Für herausragende Leistungen belohnt	12/21

	Heft / Seite		Heft / Seite
Vetter Nina: Die gelungen Präsentation	12/23	Ausschreibung Volleyball-Turnier	02/28
Thiel Peter: Maria Montessori zum 50. Todestag	12/25	Grünsfelder Wolfgang: VLB und ULLV im Gespräch	03-04/31
Schulpartnerschaft		Lambl Wolfgang: Fachtagung Arbeitsbelastung	05/24
Lochner Horst: Schüleraustausch mit Limoges	03-04/25	Berger Gottfried: Wandern und Kultur im Frühjahr	06/34
Kestel/Reif/Waldhäuser: Schulpartnerschaft mit Kiskunhalas	05/20	Messmer Franz: Rom ist immer eine Reise wert	10/29
Ulbrich Armin: Die Rainbow-Nation zum Anfassen	07/19	Pfingstfahrt nach Oberitalien	12/29
VLB-Online		Kreisverbände:	
Hornauer Reinhard: Schutz vor jugendgefährdenden Schriften im Internet	01/20	<i>Augsburg</i>	
Datenbank GPC für die berufliche Förderung von Benachteiligten	01/20	Hermansdorfer Günter: Berthold Schuler zu Altersteilzeit und -versorgung	08-09/30
Staiger Stefan: Didaktisierte Pfade durch das Internet	02/24	<i>Amberg-Sulzbach</i>	
Münch Johannes: Multimedia, Internet PC und Beamer	06/26	Jahreshauptversammlung	10/27
Münch Johannes: Pisa ohne Netz	07/22	<i>Bamberg-Forchheim</i>	
Hofgärtner Margit: Digitale Arbeitsblätter selbst gemacht	08-09/27	Krügel Bernd: Generationenwechsel – 2010 jeder 2. Berufsschullehrer im Ruhestand	06/32
Münch Johannes: Spam-Attacke auf VLB-Online	08-09/28	<i>Donau-Wald</i>	
Ruf Martin: Computer easy und VLB beginnen Kooperation	10/20	Stelzl Wilhelm: Burnout und Depression bei Lehrkräften	05/23
Hofgärtner Margit: Multimediales Wissen per Mausclick	10/21	<i>Mittelfranken-Nord</i>	
Hofgärtner Margit: Arbeitsblätter perfekt gestalten	11/27	Liegl Werner: Morgens um 4 Uhr ...	01/24
Münch Johannes: Google oder wie finde ich was?	11/28	<i>Neumarkt</i>	
Hofgärtner Margit: Schutz gegen Viren, Hacker, Abzocker	12/27	Berufsschulmeisterschaft im Kart-Sport	10/28
Münch Johannes: Kommt jetzt Big Brother?	12/28	<i>Niederbayern-Ost</i>	
Aus dem Verbandsleben		Kovarik Hans: Frühjahrsversammlung mit Ingrid Heckner	07/30
Landesverband:		<i>Nordschwaben</i>	
Dienstschlüssel ab 2002 versichert	01/21	Dilberowic Barbara: Fachtagung Hauswirtschaft	01/24
Günter Scholz – neuer Schriftführer des VLB	02/26	Dilberowic Barbara: Fortbildung Hauswirtschaft	03-04/32
Lang Helmut: Erweiterung des VLB-Versicherungsangebotes	03-04/27	<i>Oberpfalz-Nord</i>	
Thiel Peter: 'Südalldianz' tagt in Würzburg	03-04/28	Gretsch Franz-Josef: Michael Bäumler neuer Kreisvorsitzender	03-04/32
Fischer Lothar: Nachhilfeunterricht in Sachen Altersversorgung	03-04/30	Bäumler Michael: KV knüpft Kontakte zur FH Weiden	05/22
Ruf Martin: ALP Direktor Thomas Sachsenröder beim VLB-Hauptvorstand	08-09/28	Bäumler Michael: VLB-Infoforum Wirtschaftsschule	06/30
Heckner Ingrid: VLB-Bezirkspersonalräte starten gut fortgebildet in die neue Amtszeit	10/27	Bäumler Michael: Kontaktbeamter der Polizei informiert	08-09/29
Bezirksverbände:		<i>Würzburg</i>	
<i>Mittelfranken</i>		Geiger Herbert: Info-Veranstaltung zur Riester-Rente	11/29
Schwandt Margit: Delegiertenversammlung	07/28	Referate und Fachgruppen:	
Niederbayern		<i>Fachlehrer im VLB</i>	
Bezirksverband dankt Personalratskandidaten	10/29	Helbig, Dorothea: Fachlehrer im Aufbruch	02/28
<i>Oberbayern</i>		<i>Bautechnik</i>	
Schöne Wieland: Aus der Bezirksdelegiertenversammlung	02/26	Wagner Lotar: Dank für gute Zusammenarbeit	01/25
Schöne Wieland: Kontaktlehrertagung in Oberbayern	02/26	Brunner Franz: Berufsschulen als kompetente Partner der Wirtschaft	06/34
Schöne Wieland: Beurteilungsjahr und Lehrerversorgung	06/32	Lehrmittelangebot	06/35
<i>Oberfranken</i>		Wagner Lotar: Erlebnislandschaft „Ziegel“ im Deutschen Museum	07/30
Ausschreibung Volleyballturnier	01/25	Wagner Lotar: Fachgruppeninfo	10/32
<i>Oberpfalz</i>		Lehrmittelangebot	11/30
Müller Karl: Fachlehrerausbildung auf dem Prüfstand	07/29	<i>Fachschulen</i>	
<i>Schwaben</i>		Helbig Hermann: Die Berufsfachschulen für Maschinebau und ihr Bildungsauftrag	11/29
Münch Johannes: Jürgen Wunderlich neuer BV-Vorsitzender	03-04/32	<i>Förderberufsschulen</i>	
<i>Unterfranken</i>		Fachtagung	03-04/35
Geiger Herbert: Jährliches Treffen mit Schulabteilung	01/22	<i>FOS/BOS</i>	
Geiger Herbert: BV auf Weihnachtsfahrt	01/23	Bosch Hans-Jörg: Schülerzuwachs und Personalengpass	08-09/32
Ruf Martin: Gottfried Berger: 65 Jahre und kein bisschen müde	02/27	<i>Gesundheit</i>	
		Wolfgang Lamprecht neuer FG-Vorsitzender	03-04/33
		Fachtagung zur Lehrerbildung	03-04/34

	Heft / Seite		Heft / Seite
Hauswirtschaft			
Helbig Dorothea: Fachakademie für Hauswirtschaft – modern seit Jahrzehnten	10/30	Gisela Huber im Ruhestand	10/35
Nahrung			
Schwandt Margit: Fortbildung „Cooles backen“	05/27	Hans-Wilhelm Thomé neuer Leiter der Abteilung Berufliche Schulen	11/37
Religion			
Dr. Persie Michael: Fachgruppe unter neuer Leitung	06/36	Karl-Heinrich Hergert erhält Bundesverdienstkreuz	11/38
Sozialpädagogik/Sozialpflege			
Kuhn-Schmelz Gabriele: Neues Fördermodell für Kindertagesstätten	05/25	In memoriam Wolfgang Jäger	11/39
Hübner Heidi-Maria: Kompetenzen vernetzen – Ideen Weitergeben	05/26	sowie 01/28; 02/32; 03-04/37; 05/33; 06/36; 07/33; 08-09/37; 10/36; 11/39; 12/33	
Sport			
Oschmann Thomas: Bad Kissingen erneut bayerischer Volleyballmeister	10/31	Umschau:	
Wirtschaftsschule			
Zeller Bernhard: Schulschließung – letzte Chance zur Rettung der Gemeindefinanzen	08-09/31	Kommunale und private Schulen	
Senioren:			
Fischer Lothar: Erster Seniorentreff in der Oberpfalz	01/25	Thiel Peter: Prag als Ansichtsache	03-04/38
Fischer Lothar: Pensionisten – rührt Euch	01/26	Private Fachhochschule Döpfer in Schwandorf gegründet	10/38
Schulter Berthold: Senioren – Info	02/30	Thiel Peter: 150 Jahre Maschinenbauschule in Würzburg	10/39
Schulter Berthold: Panikmache	03-04/35	Termine:	
Schulter Berthold: Ein Urteil ganz im Sinne des Zeitgeistes	05/31	sowie 08-09/37; 10/37; 11/40; 12/34	01/30
Schulter Berthold: Klage gegen Pensionskürzungen erwogen und weitere infos	07/31	Nachrichtliches	
Seiler Elfi: Semestertreffen der Absolvier 1964 des BPI	07/32	sowie 02/32; 05/37; 06/; 10/42; 11/; 12	01/30
Schulter Berthold: Einschränkung der Altersteilzeit – Staatsregierung rudert zurück	08-09/34	Für Sie persönlich:	
Schulter Berthold: Auch Rentner benachteiligt	10/32	Lang Helmut: Infodienst Versicherungen	03-04/40
Fischer Lotar: Wieder Pensionistentreff in der Oberpfalz	10/32	Lang Helmut: DBB-Vorsorgewerk ist gestartet	08-09/37
Schramm Berthold: Erstes Seniorentreffen in Oberfranken	11/34	Lang Helmut: DBB-Vorsorgewerk für Beamte	11/41
Röde Dieter: Erstes Seniorentreffen in München	11/35	Bayer Monika: Die Schwerbehindertenvertretung im KM informiert	11/41
Wilhelm Konrad: Jahrestreffen der schwäbischen Pensionisten	11/36	Lang Helmut: Informationen zur Rechtsschutzversicherung	12/34
Schulter Berthold: Senioren-Service	12/29	Bücher/Medien	
Schulter Berthold: Senioren-Info	12/30	Neues vom Büchermarkt	02/34
Raffelt Peter: Im Land der weiten Horizonte	12/32	sowie 03-04/42; 06/38; 07/32; 11/42; 12/35	
Studenten/Referendare:			
Gunzenhausen neuer Seminarstandort	03-04/34	Leser schreiben	
Reith Martin: Wochenendseminar für Referendare	05/29	Leser schreiben	01/30
Schober Christian: Wochenendseminar für Studierende	08-09/33	sowie 02/33; 05/34; 10/40; 12/38	
Weiß/Mantel/Prasser: Schulpraktische Übungen – im Berufswunsch Diplom-Handelslehrer bestärkt	11/32	Letzte Seite	
Personalien:			
Bundesverdienstkreuz für Berthold Schulter	01/27	Eisele Josef: Streichkonzert	01/32
Elfriede Bernard wird „Freifrau“	02/31	Kühner Richard: PISA – Pädagogik ist sehr anspruchsvoll	02/36
In Memoriam Klaus Cislak	03-04/36	Riedl Gerhard: Mitarbeit beim Schulleitersgespräch	03-04/44
In memoriam Alois Settele	03-04/37	Eisele Josef: Auf los gehts los	06/40
Dr. Walter Eykmann – Honorarprofessor	05/32	Beihefter:	
Günter Lenkl im Ruhestand	05/32	Jahresinhaltsverzeichnis	01
Erich Dehler im Ruhestand	07/33		
Keidel Hannemor: Dr. Walter G. Demmel im Ruhestand	08-09/36		
Dietmar Leischner im Ruhestand	10/33		
Herbert Lauer und Manfred Steinmetz in den Ruhestand verabschiedet	10/34		

menschlichen Begegnungen im Rahmen dieser Partnerschaft, hat der Name Dachau jetzt in Oswiecim einen hellen Klang bekommen, den er lange Zeit für viele unserer Bürger nicht hatte.“ Am Abend berichtete das polnische Regionalfernsehen von diesem Empfang. Die Bedenken der Frage: „Warum ausgerechnet mit dieser Stadt?“ hatten eine überzeugende Antwort erhalten: „Ja, ausgerechnet und gerade mit dieser Stadt macht es Sinn!“

Im Jahr 2000 besuchte Oberbürgermeister Piller den Stadtpräsidenten von Oswiecim und die Direktoren der Partnerschulen. 2001 waren Stadtpräsident Krafczyk und Stadtratsvorsitzender Urbinski Pillers Gäste im Dachauer Rathaus. Ein Abkommen über Perspektiven einer über die Schulpartnerschaft hinausgehenden kulturellen Zusammenarbeit wurde unterzeichnet. In die Informationsbroschüren beider Städte wurde die Schulpartnerschaft aufgenommen. 1998 wurde der Dachauer Studiendirektor Robert Baars für seine Bemühungen um diese Partnerschaft mit dem polnischen Verdienstorden ausgezeichnet, 2000 erhielten die polnische Studienprofessorin Stanisława Zajas von der Wirtschaftsschule und der Direktor Zenon Latawiec, Leiter der Salesianerschule, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Auch diese äußeren Zeichen einer gewachsenen Anerkennung trugen dazu bei, dass die anfänglichen Vorbehalte schwächer wurden.

Eine feste Brücke – ausbaufähig?

Etwa 300 Dachauer Berufsschülerinnen und -schüler sowie 18 Lehrkräfte haben bisher an der Schulpartnerschaft aktiv teilgenommen und ein realistischeres Bild vom Nachbarland Polen, von den Menschen in Oswiecim und vor allem von den unbegreiflichen Geschehnissen in Auschwitz gewonnen. Sogar noch größer ist die Zahl polnischer Schüler und Lehrkräfte, die zum Gegenbesuch in Dachau waren und nun statt nebulöser Vorstellungen konkrete Kenntnisse von Deutschland, Bayern, Dachau haben.

Viele Familien im Landkreis und in der Stadt Dachau haben Kosten und Mühen nicht gescheut, ebenso gute Gastgeber für polnische Austauschschüler und Praktikanten zu sein, wie polnische Familien es für die deutschen Schüler waren. Zahlreiche dauerhafte deutsch-polnische Freundschaften sind entstanden. Man kann sagen: Es besteht eine solide Brücke zwischen Dachau und Oswiecim. Alle, die an ihr gebaut haben und nun Teile davon sind, würden es begrüßen, wenn es nicht nur die Brücke zwischen den Schulen gäbe, sondern auch zwischen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens hier und „drüben“.

Und warum keine Städtepartnerschaft Dachau – Oswiecim? Warum löst allein der Gedanke daran bei vielen Dachauern Entsetzen aus? Warum sehen sie die Chancen nicht? Wenn

Dachau und Oswiecim, diese in schrecklicher Vergangenheit von Verbrechen zu Standorten ihrer Gräueltaten missbrauchten Städte, sich die Hand reichen würden – es wäre ein weltweites Zeichen für Versöhnung und Verständigungsbereitschaft und auch ein Zeichen dafür, dass man sehr wohl aus der Geschichte lernen kann – was oft bezweifelt wird angesichts moderner Schrecknisse. Die Jugend würde zustimmen, wenn Erwachsene nur nicht zu viele eigene Ängste auf sie projizieren würden. Bürger und Kommunalpolitiker von Oswiecim haben längst zugestimmt. Der Stadtpräsident hat bereits 1997 bestätigt (siehe oben), dass es auf polnischer Seite schon lange nicht mehr heißt: „Warum ausgerechnet mit dieser Stadt?“, wenn von Kontakten zu Dachau die Rede ist. <

In eigener Sache:

Wir bitten um Nachsicht, Herr Oberbürgermeister

Als Ludwig Uhland seinen ersten Gedichtband zusammenstellte, überließ er einzelne Verse der Tageszeitung zum Vorabdruck. „Lieder sind wir, unser Vater schickt uns in die offene Welt“, so hieß es dabei an einer Stelle. Doch in der Zeitung stand: „Luder sind wir ...“. Anrufen bei der Redaktion ging nicht; man schrieb das Jahr 1815 und bis zu Johann Ph. Reis war es noch ein Weilchen hin. Dennoch bat der Dichter um Berichtigung. Diese folgte stehenden Fußes und zwar mit den Worten: „Leider sind wir ...“. Nochmals nahm Uhland den Kampf mit dem Druckfehlerteufel auf, um schließlich zu lesen: „Leder sind wir ...“. Nun hatte er die Nase voll und wandte sich erbaulicheren Dingen zu.

Seit Gutenberg mischt der Druckfehlerteufel kräftig mit. Auch uns hält er immer wieder in Atem, ja er tritt heute unverfrorener auf als je zuvor.

Unangenehmer freilich als die Verballhornung von Worten wie „Lieder“ sind verdrehte Eigennamen. Immerhin bestätigt uns die Psychologie, dass da-

mit beträchtliche Empfindlichkeiten ausgelöst werden können.

Ein solcher Lapsus ist uns leider passiert und zwar in Heft 12/02 als wir über den Passauer Berufsbildungskongress berichteten. Albert Zankl, der Oberbürgermeister der Dreiflüssestadt hatte den VLB empfangen und sich bei der Vorstellung der Wand- und Deckenmalereien des Rathaussaales u.a. als profunder Kunstkennner erwiesen. In der Berichterstattung fand er sich dann als OB Albert Krankl wieder. Als wir's bemerkt hatten, war's schon zu spät; seitdem ziehen wir in stiller Betroffenheit den Kopf ein. Wie dem auch sei: Wir ersuchen den OB ganz herzlich um Nachsicht für diesen Lapsus. Zankl – ohnehin für eine eher große Linie und einen guten Schuss Gelassenheit bekannt – möge uns die Panne bitte nicht allzu stark ankreiden. Wie der Fehler entstand, wie er sich auch am Korrektor vorbei mogeln konnte, ist nicht mehr nachvollziehbar. Auf dem Notizblock des Berichterstatters jedenfalls stand noch Albert Zankl. - pth-

Jede Information finden:

Suchmaschinen – Spürhunde im Web



MARGIT HOFGÄRTNER

Google kam, sah und siegte: Keine andere Suchmaschine hat in so kurzer Zeit das Internet erobert. Mehr als die Hälfte aller weltweit gestellten Suchanfragen werden mittlerweile über die clevere Seite abgewickelt: mehr als 150 Millionen Surfer durchforsten täglich die gigantische Datenbank, die insgesamt drei Milliarden Webseiten indiziert hat.

Das Erfolgsgeheimnis: Google war die erste Suchmaschine, die Suchergebnisse nach Wichtigkeit sortierte – und stach damit bereits etablierte Konkurrenten wie Yahoo (www.yahoo.de) oder Altavista (www.altavista.de) aus. Mit Google begann der Siegeszug des Page-Rankings: In der Trefferliste stehen jene Webseiten weiter oben, auf die besonders viele andere

Webseiten verlinken. Dieses System haben mittlerweile die meisten Konkurrenten übernommen.

Leider haben professionelle Web-Vermarkter einen Weg gefunden, das Google-System zu manipulieren. Um die Webseiten ihrer Kunden in der Trefferliste nach oben zu drücken, richten sie mehrere Pseudo-Homepages ein, die nur den Zweck haben, auf die Kunden-Homepage zu verlinken. Das wiederum versuchen die Betreiber von Google zu unterbinden – etwa durch die Sperrung der IP-Adressen der Vermarkter.

Trotzdem hat sich Google für allgemeine Suchanfragen bewährt. Wer spezielle Infos wie aktuelle Nachrichten oder Bilder sucht, sollte sich nicht darauf beschränken. Kleinere Anbieter (siehe unten) liefern oft genauere Ergebnisse.

Profi-Tricks für Google

Google ist Spitze. Keine Suchmaschine ist schneller, keine liefert bessere Resultate. Mit diesen Tricks wird die Suche noch optimiert:

Zu viele Treffer? Einfach auf den Link „Erweiterte Suche“ klicken und hier beispielsweise das Aktualisierungsdatum oder Länderkennung wie „.de“ vorgeben.

Falls Sie Word- oder Excel-Dateien suchen, tippen Sie eine Suchanfrage nach dem Schema „filetyp:format begriff“ ein. Mit „filetyp:doc computer“ finden Sie z.B. Worddokumente zum Thema Computer.

Mit der Eingabe „site:adresse suchbegriff“ können Sie gezielt eine einzelne Homepage nach Inhalten durchsuchen. Beispiel: „site:www.chip.de DSL“.

Mit „related:adresse“ finden Sie Seiten, die sich mit gleichen Themen beschäftigen. Für Seiten zur Digitalfotografie geben Sie z.B. „related:digitalkamera.de“ ein.



Google: Die beliebteste Suchmaschine

Größter Pluspunkt: In den ersten zehn

Treffern von Google finden Sie die wichtigsten Links zum gesuchten Thema. Falls Sie sich mal vertippt haben, bietet Google automatisch die korrekte Suchanfrage an. Zudem kommt die Seite ohne störende Werbung aus. www.google.de



Paperball: Top-Adresse für Nachrichten

Wie berichten die Medien beispiels-

weise über PISA? Die Frage kann Paperball beantworten. Die Suchmaschine listet Nachrichten in den deutschsprachigen Online-Tageszeitungen auf – optimal, wenn man sich über ein aktuelles Ereignis informieren will. www.paperball.de



Kostenlose Bildersuche: Ditto

Das Internet lässt sich auch Bildern

durchsuchen: Ditto.com besitzt eine einfache, aber gute Suchfunktionen mit vielen, wenn auch nicht immer richtigen Ergebnissen. Mehr kann man von einer kostenlosen Bild-Suchmaschine derzeit kaum erwarten. www.ditto.com

Ja, ich möchte Computer easy regelmäßig beziehen! Zusätzlich erhalte ich das VLB-Gratis-Paket im Wert von 31,19 Euro.

Vorname/Name Geburtsdatum

Straße/Nr. PLZ/Ort

E-Mail Telefon

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

Bequem und bargeldlos per Bankeinzug Geldinstitut

Konto-Nr. BLZ

per Rechnung

Einfach bestellen: per Telefon 0781/639 45 31
per Fax 0781/639 45 27
per E-Mail computer-easy@burdadirect.de
per Post Computer easy Aboservice
Postfach 227 • 77649 Offenburg

Ich möchte Computer easy regelmäßig zum Preis von Euro 2,30 pro Ausgabe für indestens ein Jahr beziehen. Danach kann ich jederzeit beim Computer easy-Aboservice (Postfach 225, D-77649 Offenburg) kündigen. Mit Geld-zurück-Garantie für bereits bezahlte, aber noch nicht gelieferte Ausgaben. Die Auslieferung des VLB-Gratis-Paketes erfolgt sofort nach Zahlungseingang.

Datum Unterschrift 40565AVLBJ



Exklusiv für VLB-Mitglieder:

VLB-Mitglieder erhalten bei Bestellung eines Computer easy-Jahresabos zusätzlich ein Gratis-Paket im Wert von 31,19 Euro:

- **Gratis:** Computer easy Jahres-CD 2001: Alle Kurse, alle Tests uvm. im Wert von 19,99 Euro
- **Gratis:** Computer easy-Sammelordner im Wert von 8,90 Euro
- **Gratis:** Eine Ausgabe von Computer easy im Wert von 2,30 Euro

Einsendeschluss: 28.02.2003



- Kompakt, aktuell, unterrichtsnah
- Alle 14 Tage das Wichtigste für PC-Anwender!
- 32 Seiten Workshops zum Sammeln
- 16 Seiten vollgepackt mit Tipps & Tricks
- Schritt für Schritt-Anleitungen mit großen Abbildungen
- Alle wichtigen Begriffe erklärt

Landesverband

Bildungsmesse 2003 in Nürnberg:

didacta – Die ganze Welt der Bildung

Vom 31. März bis 4. April findet im Messezentrum Nürnberg die Bildungsmesse 2003, ein Zusammenschluss der früher selbständigen Veranstaltungen Interschul, didacta und KiGa, statt.

Nürnberg wird eine Woche lang Veranstaltungsort für viele Initiativen im Bildungsbereich „nach PISA“ sein. Private wie staatliche Institutionen und Verlage werden Foren, Ausstellungen, Diskussionen und Präsentationen über eine zukunftsorientierte Bildung anbieten. Das gesamte Fachangebot reicht von Einrichtungen, Ausstattungen, Lehr-, Lern- und Arbeitsmitteln, Neuen Medien, Dienstleistungen, Organisations- und Verwaltungssysteme sowie Fachliteratur bis zu sonstigen Verlagserzeugnissen über Schule, Ausbildung, Qualifikation, Weiterbildung und Beratung. Über 600 Aussteller sind beteiligt, die ca 70000 Besucher erwarten.

Auch die Berufsbildung ist in vielen Facetten vertreten. Ein spezielles Forum „Ausbildung und Qualifikation“ wird didaktische und methodische Anregungen über den Einsatz gerade und besonders der neuen Technologien anbieten. Zum Beispiel wird in Verbindung mit dem BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) über die Neuordnung von Berufen, die Qualität der beruflichen Bildung, berufliches Lernen in Netzen und über aktuelle Bildungsthemen berichtet und diskutiert.

Im Auftrag unserer zwei Bundesverbände – BLBS und VLW – hat der VLB ein attraktives Programm zusammengestellt. Auf dem Forum des Deutschen Beamtenbundes wird der VLB über die gesamte Woche ein informatives Programm, Beratung und Vorträge anbieten.

Nachstehend das VLB-Angebot:

Montag, 31.3.2003, 11 Uhr – 12 Uhr

Lehrer an den beruflichen Schulen – ein Beruf mit Zukunft?

Referent: Armin Ulbrich, stellv. Landesvorsitzender des VLB e. V, Bayern
12 Uhr – 13 Uhr

Anerkennung der Leistungen der Schüler aus der Berufsschule – integraler Bestandteil der Kammerprüfungen (Podiumsdiskussion)

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender des VLB im Gespräch mit:
Udo Göttemann, IHK Nürnberg und
Reinhart Reiser, HWK Nürnberg

Dienstag, 1.4.2003, 14 Uhr – 5 Uhr

Die Motivation der Auszubildenden – unverzichtbar für erfolgreichen Unterricht

Referent: Prof. Dr. Andreas Krapp,
Universität der Bundeswehr, Neuburg,

Mittwoch, 2.4.2002

Tag der beruflichen Schulen

Saal Brüssel: 10.30 – 11.30 Uhr

Berufsbildungspolitik in Bayern

Alexander Liebel, VLB-Referent für Bildungspolitik im Gespräch mit
Hans Wilhelm Thomé, Kultusministerium, Otto Dietrich Knapp, IHK Nürnberg, Prof. Dr. Josef Aff, Universität Erlangen-Nürnberg, Hermann Sauerwein, VLB-Vorsitzender

Saal Kairo 2: 12 Uhr – 13.00 Uhr

Aktuelle Perspektiven der Bildungspolitik

Podiumsdiskussion mit Monika Hohlmeier, Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Peter Heesen, stellv. Bundesvorsitzender des dbb, Dr. Ludwig Eckinger, Vorsitzender der Expertenkommission Schule im DBB.

13 Uhr – 14 Uhr

Modus 21 – eine Chance für mehr Eigenverantwortung für die beruflichen Schulen

Referenten: Hans Käfler, stellv. VLB-Landesvorsitzender, Hans Jörg Bosch, VLB-Referent für Berufs-/Fachoberschulen

Donnerstag, 3.4.2003, 13 Uhr – 14 Uhr

Der Modellversuch AQUA – eine Chance zur Gewinnung qualifizierten Lehrernachwuchses?

Referent: Heiko Pohlmann, VLB-Referent für Lehrerbildung, Prof. Dr. Andreas Schelten, TU München

Freitag, 4.4.2003, 11 Uhr – 15 Uhr

Die Wirtschaftsschulen in Bayern (Handelsschulen) bewährt und erfolgreich im Bereich der kaufmännischen Grundbildung

Referent: Bernhard Zeller VLB-Referent für Wirtschaftsschulen

13 Uhr – 14 Uhr

Schulpsychologen – eine notwendige Folge der veränderten Schülermentalität

Referent: Klemens Brosig, stellv. VLB-Landesvorsitzender

Der VLB wird die Gelegenheit nutzen, sich als der kompetente Gesprächspartner für das berufliche Schulwesen in Bayern darzustellen. Die Referenten für Dienstrecht und Versicherung, Bezirks- und Hauptpersonalräte, Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes und des Hauptvorstandes haben ihre Teilnahme zugesagt, so dass an unserem Stand des VLB im dbb kompetente Kolleginnen und Kollegen für Beratungen, Informationen und Gespräche zur Verfügung stehen. Besuchen Sie die Bildungsmesse 2003. Besonders Mittwoch der 2. April – der Tag der beruflichen Bildung – dürfte aus unserer Sicht der interessanteste Tag sein.

Der Besuch der Bildungsmesse ist als Fortbildungsveranstaltung anerkannt. Über die Modalitäten informieren Sie sich bitte vor Ort an Ihrer Schule. Bei organisierter Anreise – näheres von Ihren Bezirks- oder Kreisvorsitzenden – besteht die Möglichkeit, von der NürnbergMesse einen Bus-Bonus zu erhalten. Weitere Informationen finden Sie unter: www.bildungsmesse-nuernberg.de. A. Ulbrich

Ergebnisse der Arbeitskreise in Passau:

Die Workshop-Methode oder: warum Workshops für einen Kongress verzichtbar sind

Seien wir doch mal ehrlich: Der Begriff Workshop klingt doch wesentlich besser als Arbeitskreis – oder? Übersetzt bedeutet Workshop: „Arbeitskreis, Werkstätte, Arbeitsgruppe oder Kurs“. Der Begriff Werkstätte bezieht sich hierbei nicht auf ein handwerkliches Produkt, sondern auf das gemeinsame Arbeiten an einem „Denkprodukt“.

Rückblickend waren die Arbeitskreise in Passau, um in der Diktion zu bleiben, Workshops, weil man in ihnen diese Ziele verfolgte:

- Entwicklung und Erprobung neuer Ideen und Modelle für die gemeinsame Arbeit,
- kooperative Lösung komplexer Probleme,
- aktives Mitwirken aller am Workshop Beteiligten,
- Einbeziehung von Expertenwissen der Beteiligten,
- Entwickeln von praxisnahen, leicht umsetzbaren Lösungen durch die Beteiligten.

Entwicklung und Erprobung neuer Ideen und Modelle für die gemeinsame Arbeit – damit beschäftigen sich die Teilnehmer des Arbeitskreises Gesundheitsberufe, als sie erste Ergebnisse aus dem MV Gesu diskutierten, die Lehrerbildner sich neben den Dauerbrennern Nachwuchsmangel, Anwärterbezüge, neue LPO I und der neuen Struktur der Lehrerfortbildung mit dem MV AQUA auseinander setzten, die Kfzler sich mit dem im Herbst zu erwartenden neuen Lehrplan beschäftigten ebenso wie die Elektrotechniker mit dem Stand der Neuordnung des Berufsfeldes Elektrotechnik. Bei den Bautechnikern wurde die Neuordnung der Ausbildung für Bauzeichner vorgestellt und bei den Helferinnenberufen fand ein erster Erfahrungsaustausch zur neuen ZFA-Ausbildung statt. In allen Arbeitskreisen wurde entsprechendes Expertenwissen nicht nur der unmittelbar Betroffenen, sondern auch know how von außen - von

Vertretern aus der Praxis und der Kultusbürokratie – einbezogen. So wurden „alle“ Arbeitskreisteilnehmer zu Beteiligten und es darf nun erwartet werden, dass deren Einsatz schließlich zu guten Ergebnissen führt.

Kooperatives Lösen komplexer Probleme – darum ging es u. a. im Arbeitskreis Fachlehrer und Schreibtechnik, stand hier doch die künftige Ausbildung der Fachlehrer zur Diskussion. Ebenso im Arbeitskreis Hauswirtschaft. Alle Beteiligten ringen derzeit um das beste Ergebnis und konnten in Passau weitere Impulse gewinnen.

Der VLB war und ist bei den o. a. Entwicklungen ein wichtiger und vor allem kompetenter Beteiligter. Ohne sein gestalterisches Einwirken wäre die eine oder andere Entwicklung sicherlich in die falsche Richtung gelaufen. So gesehen waren die Arbeitskreise auch eine aktuelle Standortbestimmung, die das künftige Handeln des VLB bestimmen.

Ein weiterer Dauerbrenner in der Verbandsarbeit ist die „politische“ Diskussion um die Abschlussprüfungen. Auch damit beschäftigten sich die betroffenen Lehrkräfte beispielsweise in den Arbeitskreisen Büro- und Finanzberufe. Allerdings weniger auf der standespolitischen Ebene als vielmehr mit der inhaltlichen Ausgestaltung und Problematik vor Ort.

Entwickeln von praxisnahen, leicht umsetzbaren Lösungen durch die Beteiligten – unter diesem Aspekt sind die Ergebnisse der Arbeitskreise Sozialpädagogik (FH), Versorgungstechnik, Sozialkunde, Holztechnik, Religion, Bautechnik, Computer easy, Drucktechnik, Fremdsprachen, Handelsberufe und Sport zu subsumieren. Hier wurde den Teilnehmern zu Themen wie „Wer motiviert Lehrer?“, „Energieeinsparungsverordnung“, „Ost-Erweiterung der EU“, „Entwickeln und Fertigen von Möbeln“, „Local Heroes“, „Mauerwerksbau“, „Computersicherheit“ „Colour-Ma-

nagement“, „Englisch bei IT-Berufen“ und „Gestaltung eines Ausbildersportabends“ umsetzungsfähige Angebote für die tägliche Unterrichtsarbeit angeboten und diskutiert.

Ein schulartspezifischer Gedankenaustausch fand in den Arbeitskreisen FOS/BOS – Personalversorgung, Schülerzahlen, Errichtung neuer Schulen und Lehrplaninhalte – und Wirtschaftsschule – Darstellung des Wirtschaftsschulwesens in Österreich – statt.

In allen Arbeitskreisen wurde natürlich auch sehr intensiv über die Lage rund um den Beruf, das Fach oder das Berufsfeld diskutiert, schwerpunktmäßig z. B. in den Arbeitskreisen Sozialpädagogik (hd) und Handelsberufe.

Als Ergebnis eines Workshops werden in der Regel ein Aktivitätenplan mit Verantwortlichen und Fristsetzungen festgelegt. In wie weit der in Passau erstellte Aktivitätenplan zu neuen verwertbaren Ergebnissen führt, kann regelmäßig in VLB-akzente nachgelesen, spätestens jedoch beim nächsten Berufsbildungskongress überprüft werden.

- Workshops erarbeiten Ergebnisse nachhaltig,
- Workshops aktivieren die Betroffenen und
- Workshops sind ein effektives Mittel zur Gestaltung von Arbeit so lauten u. a. die Erwartungen an die Workshop-Methode.

Wenn im Arbeitskreis Fachlehrer 70 Teilnehmer oder im Arbeitskreis Lehrerbildung 60 Teilnehmer, in den anderen Arbeitskreise meistens zwischen 20 und 40 Teilnehmer gezählt wurden, dann zeigt sich, dass Arbeitskreise – pardon Workshops – ein unverzichtbarer Bestandteil eines Berufsbildungskongresses sind und die Workshoparbeit in Passau genau diese Erwartungen erfüllt hat.

PS: Die konkreten Ergebnisse der einzelnen Arbeitskreise können Sie - wie bereits angekündigt - auf unserer Homepage: www.vlb-bayern.de unter „Ergebnisse von Passau“ nachlesen. Außerdem wird in der nächsten Ausgabe der Akzente die Workshop-Methode in einem eigenen Artikel dargestellt.

Martin Ruf

Bezirks- und Kreisverbände

BV-Unterfranken:

Zur Demo mit dem Sonderzug nach Pankow – „ungenauer“ Berlin.

14.12.2002 – Vorweihnachtszeit – Zeit zur alljährlichen Adventsfahrt, die dieses Jahr Fulda als Ziel des Bezirksverbandes hatte. Lange hat der Bezirksvorstand überlegt, ob die drei Busse nicht besser nach Berlin fahren sollten. Denn die rechte Weihnachtsstimmung will sich bei allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dieses Jahr nicht einstellen. Denn „süßer die Glocken nie klingen“, das bleibt den Kolleginnen und Kollegen im Halse stecken. Enttäuschung, Frust und Wut der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das unerträgliche Herumgetrampelpolitik auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes haben sich bei der dbb Großdemo in Berlin entladen. Über 50 Mitglieder des Bezirksverbandes waren dem Aufruf des Bezirksvorsitzenden Wolfgang Lampl gefolgt und gaben den Politikern in Berlin und München mit über 40.000 demonstrierenden Beschäftigten des öffentlichen Dienstes überdeutlich zu verstehen: „Wir haben die Schnauze voll! Es reicht!“ Das Fass zum Überlaufen gebracht hat nach den Sparorgien der Vergangenheit die jetzt beabsichtigte Eskalation der Kahlschlagpolitik mit Nullrunden, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Einkommenseinbußen bis zu 18 Prozent, Verschlechterungen bei der Altersteilzeit, Aussetzen der Leistungsstufen, und, und, und ...

Mancher wird einwerfen, es müssen alle sparen – stimmt –, doch über Qualität und Gerechtigkeit verliert niemand ein Wort. Nur die Verschleierung der desolaten Haushaltspolitik ist als Motiv der öffentlichen Arbeitgeber erkennbar, wenn Eichel den Beamten das Weihnachtsgeld wegnehmen und Falthäuser und Schily den Arbeitnehmern eine Nullrunde aufzwingen wollen. Ausdrücklich spreche

Es reicht! Wir haben die Schnauze voll. VLB-Bezirksvorsitzender Wolfgang Lampl inmitten der Demonstranten.



ich bei dieser Kritik auch für unsere Pensionäre und Rentner. Die haben nicht ein Leben lang Leistung gebracht, um nun Opfer von Eichels Finanzakrobatik zu werden. Die Politiker sollten sich schämen, liebe Freunde!

Was uns hier zugemutet wird, das wird in dieser grotesken Form keiner anderen Beschäftigungsgruppe in Deutschland zugemutet.

Wir, die Beamten, die Angestellten und die Arbeiter wir dienen – und ich verwende bewusst das Wort „dienen“ – in den Ämtern, den Schulen, Polizeidienststellen und den Kommunen. Lange Jahre hörte man Kolleginnen und Kollegen in den Schulen sagen: „Was macht denn der Deutsche Beamtenbund und die Tarifunion des dbb. Lange Jahre, vielleicht zu lange, hat sich der dbb als Partner der Politik verstanden und versucht – moderat, verständnisvoll und für viele Mitglieder zu bieder und brav – die „Verschlechterungen“ der letzten Jahre „akzeptiert“. Nun wird versucht, dieses partnerschaftliche Verhalten in Bund und Ländern schamlos auszunutzen.

Und deshalb müssen sich der dbb und seine Landesverbände neu aus-

richten, denn diese Partnerschaft“ kündigen die Politiker die öffentlichen Arbeitgeber auf.

Es war eine eigenartige Stimmung, die bei dieser Großveranstaltung herrschte: Wut, Niedergeschlagenheit, und nicht zuletzt die eisigen Temperaturen spiegelten die momentane Stim-

mung in dem Unternehmen „öffentlicher Dienst“ wider.

Als Bezirksvorsitzender des VLB bedanke ich mich beim Kollegen Stephan Debes vom ULLV für die Organisation des Sonderzuges und jedem „VLB-Demonstranten“ recht herzlich für die aktive Unterstützung unserer Forderungen.

Die mehrmals wiederholten Unmutsäußerungen des dbb Bundesvorsitzenden Erhard Geyer und des 1. Vorsitzenden der dbb tarifunion Robert Dera: „Es reicht! Wir haben die Schnauze voll!“ drücken die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen im gesamten öffentlichen Dienst aus. Es bleibt abzuwarten, ob es bei den politischen Verantwortlichen etwas ausgerichtet. Der Bayer. Beamtenbund wird gegen die Sparmaßnahmen der Staatsregierung am 29. März 2003 in München zu einer Großdemonstration aufrufen. Ich hoffe dann wieder viele im „Sonderzug nach München“ begrüßen zu können.

Wolfgang Lampl

BV Unterfranken

Belastung durch die Berufsabschlussprüfung ist erdrückend:

VLB-Bezirksvorstand fordert Übernahme der Berufsschulleistungen in das Berufsabschlusszeugnis.

Lehrerversorgung, Dienstliche Beurteilung und Mitarbeitergespräch, Kompetenzzentren und die Mitwirkung von Lehrkräften bei Berufsabschlussprüfungen standen auch 2002 im Mittelpunkt des Kollegeninteresses. Und zu diesen Themen hatte der unterfränkische BV-Vorsitzende Wolfgang Lambl zum Jahresende wieder zum nun schon traditionellen Gedanken austausch mit der Abteilung Schul- und Bildungswesen der Regierung von Unterfranken eingeladen. In deren Räumlichkeiten stellte AD Jürgen Röhling zunächst die Situation der Lehrerversorgung im laufenden Schuljahr dar. Bei einem Deckungsgrad von 96,67 % im Vergleich zu 97,7 % im Vorjahr fehlen rechnerisch 22 Lehrkräfte, um vollen Unterricht gemäß der Stundentafel zu erteilen, obwohl genügend Planstellen vorhanden seien. Den Sinn und Erfolg dieser Gespräche verdeutlicht, dass als Ergebnis der letzten Unterredung eine Planstelle à 24 Stunden als Anrechnung für die Systembetreuung auf die staatlichen Schulen Unterfrankens verteilt wurde – ein Schritt in die richtige Richtung. Außerdem machte er auf das Problem aufmerksam, dass Minderklassen – z. Z. 8,9 % bzw. 6,1 % im staatlichen bzw. im kommunalen Bereich – zur Streichung von Planstellen bzw. Geldern führen könnten. Der Weg zur Bildung von Kompetenzzentren werde in Zukunft zwischen dem Regierungspräsidenten und den betreffenden Landräten und Oberbürgermeistern bestimmt. Dabei sind drei Regionen vorgegeben, nämlich Main/Rhön, Untermain und – als Region 2 – Würzburg, Main/Spessart und Kitzingen, in denen zunächst die Beseitigung von Minderklassen betrieben werden soll. Zum Schicksal einzelner Berufe wurde noch nichts Definitives bekannt, außer dass vor den Landtags-

Die Schulabteilung der Regierung von Unterfranken und der VLB-Bezirksvorstand stellten sich nach getaner Arbeit einem gemeinsamen Gruppenbild.



wahlen keine Entscheidungen getroffen werden und die Maßnahmen bis spätestens 2008 beendet sein sollen. Dabei können Lehrkräfte mit ihren „Berufen“ die Schule verlassen oder aber bleiben und in andere Fachgruppen wechseln, obwohl auf staatlicher Seite auch Versetzungsverfügungen als denkbar, wenn auch nicht als wünschenswert angesehen werden. Röhlings Vorstellung vom „do ut des“ zur Erhaltung der kleineren Landschulen unterstrich BV-Vorsitzender Lambl mit der Aussage, man solle „die Schule auf dem Land lassen“. Entgegen anders lautender Meldungen seien weder derzeit, noch in Zukunft „Massenwanderungen“ zu befürchten. Mindestens 80 % der Berufsschüler in Unterfranken blieben am Ort, d.h. 6000 von 30000 müssten nach der Reform reisen, nach Meinung der Verbandsvertreter immer noch eine zu große Anzahl.

Das Thema „Dienstliche Beurteilung“ bereitete keine größeren

Schwierigkeiten, da die Ergebnisse insgesamt etwa wie vor 4 Jahren ausfielen. Die gaussche Normalverteilung hat sich bei einem bezirksweiten Durchschnitt von 9,07 eingestellt, es gab lediglich 16 Einwendungen und bisher keinen einzigen förmlichen Widerspruch. Die Behandlung des Mitarbeitergespräches erforderte jedoch Nachfragen. Der Hinweis Wolfgang Lambls, dass Mitarbeitergespräche an Berufsschulen kaum als formell – strukturierte Gespräche durchgeführt werden, sondern höchstens als informeller „Meinungsaustausch“, erregte Verwunderung. Dies sollte anders werden, denn deren Wichtigkeit für die Planung der Personalentwicklung wurde von beiden Seiten betont. Jedoch waren sich die BV-Vertreter mit den Regierungsvertretern Röhling und Eirich einig, dass das Einbeziehen des MA-Gespräches in die Dienstliche Beurteilung nicht statthaft und auch untauglich für den beabsichtigten Zweck werden lasse.

Unterfränkische VLB-Meisterschaft im Volleyball am 4. April 2003 in Bad Kissingen

Anmeldung bei:
Thomas Oschmann
Staatl. Berufsschule Bad Kissingen
Seestraße 11
97688 Bad Kissingen
Telefon 0971-720618
Telefax 0971-720650

Das derzeit brennendste Thema kam zuletzt zur Sprache und erwies sich als stetiger Stachel im Fleisch der Kollegen. Nachdem sich seit Jahren keine Besserung eingestellt hat, soll die Mitwirkung der Lehrkräfte an der Berufsabschlussprüfung nun allererste Priorität in der Verbandsarbeit erhalten. Denn die Prüfungsbelastung der KollegInnen ist nicht mehr zumutbar. Obwohl andere Bildungsträger in Zukunft voraussichtlich „abspecken“ müssten, womit die Belastungen geringer würden, bleibt Handlungsbedarf. Dabei sollte unser Vorgehen weniger auf angemessene Bezahlung als auf Anrechnung auf die berufliche Tätigkeit gerichtet sein. Angesichts der großen rechtlich-organisatorischen Schwierigkeiten waren sich alle Beteiligten einig, dass die Berufsschule nicht mehr in der bisherigen Form an den Abschlussprüfungen beteiligt sein sollten. Statt dessen sollten die Schulnoten direkt in die Berufsabschlussprüfungen eingehen. Auf diese Weise könnte die unbefriedigende Situation für alle Beteiligten am effektivsten verändert werden.

Herbert Geiger

BV Mittelfranken

Neuwahlen des Mittelfränkischen Bezirksvorstandes:

Frauen ganz vorne

In Mittelfranken wurde gewählt und der Vorstand des Bezirksverbandes hat sich verändert: So sind erstmals genauso viele Frauen wie Männer im Vorstand.

Der Posten des Vorsitzenden bleibt aber in männlicher Hand, Horst Lochner aus Fürth wird weiterhin die Geschicke der Mittelfranken lenken. Seine Stellvertreterinnen sind Elfriede Sulzer-Gscheidl aus Nürnberg und Birgit Dennerlein aus Fürth.

Zum Schatzmeister ist wieder Volkmar Steffanides aus Roth gewählt worden, Schriftführerin ist erneut Maria Middendorf von der Berufsschule Rothenburg/Dinkelsbühl.

Insgesamt hat sich der Vorstand verjüngt und liegt mit einem Altersdurch-

schnitt von nicht ganz 43 Jahren erheblich unter dem Durchschnitt der aller bayrischen Kollegen.

Die Pensionisten vertritt weiterhin

Der neu gewählte mittelfränkische Bezirksvorstand.



Gerhard-Wolfgang Hergert - damit ist das neugewählte generationenübergreifende Team perfekt.

Maria Middendorf

KV Traunstein – Berchtesgadener Land

Studienfahrt in die Bundeshauptstadt Berlin

Eine Lehrergruppe der Staatl. Berufsschule II Rosenheim nutzte die Herbstferien für eine 5-tägige Studienreise in die Bundeshauptstadt Berlin. Auf Einladung der Raublinger MdB Angelika Graf hatten die Lehrkräfte die Möglichkeit, an einem Parlamentsseminar im Paul-Löbe-Haus des neuen Bundestages teilzunehmen. Parlamentarier der Regierungskoalition und der Opposition referierten zum Thema „Innere Sicherheit“. MdB Graf begrüßte die Gruppe und stand

bei einem „Arbeitsessen“ den Lehrkräften für einen offenen Meinungsaustausch zur Verfügung. Zweimal hatten die Lehrkräfte die Möglichkeit, von der Besuchertribüne aus die Diskussionen über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu verfolgen. Die Besichtigung der beeindruckenden gläsernen Kuppel des Reichstages ergänzte den Besuch. Eine informative Stadtführung (Regierungsviertel und Potsdamer Platz) und die Besuche verschiedener Museen (Pergamon-, Jüdisches Museum, Mauermuseum) standen ebenso auf dem Programm der Studienreise. Die Abende in Berlin boten ebenfalls keinen Anlass zur Langeweile.

Martin Jungkunz



Die Rosenheimer Lehrergruppe vor dem Brandenburger Tor.

Referate und Fachgruppen

Eine Schulart im Aufbruch:

Die Fachakademien für Hauswirtschaft wollen sich am Markt positionieren

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Gemäß § 2 der Schulordnung für die Fachakademie für Hauswirtschaft (FakOHw) soll diese Schulart

1. die Studierenden befähigen, leitende Aufgaben in hauswirtschaftlichen Betrieben zu übernehmen und gleichzeitig
2. die fachliche Vorbildung zur Ausbildung der Fachlehrer musischer und technischer Fächer, d. h. Handarbeit/Hauswirtschaft nach dem Ersten Prüfungsabschnitt (Ende FAK 2) vermitteln.

Ein Großteil der Studierenden, die nach der Erstausbildung mit dem mittleren Bildungsabschluss in eine der 11 Fachakademien für Hauswirtschaft in Bayern eintreten, hatten und haben das klare Ziel, Fachlehrerinnen musischer und technischer Fächer – hier Handarbeit/Hauswirtschaft zu werden. Bis jetzt gibt es keine andere Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen! Der kleinere Teil der Studierenden strebt dem Beruf der „Staatlich geprüften hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin“ zu.

Landtagsbeschluss vom 8. Februar 2001

Seit dem Landtagsbeschluss vom 8. Februar 2001 ist zu befürchten, dass ab dem Studienjahr 2004/05 nicht wie bisher die Fachakademieabsolventinnen, sondern bereits Schülerinnen mit der Erstausbildung zur Hauswirtschaftlerin an den dann zweijährigen Staatsinstituten zur Ausbildung von Fachlehrerinnen musischer und technischer Fächer Abt. II und III anfangen können. Der Landtagsbeschluss geht dann von einer fachlichen und pädagogisch-didaktischen Ausbildung an den Staatsinstituten Abt. II und III aus.

Bis heute wurde der § 2 der FakOHw nicht geändert. Kann man da-

von ausgehen, dass für die Studierenden, die unter dieser Verordnung vom 18. Juni 1998 die Ausbildung begonnen haben, eine Übergangsregelung geschaffen wird? Für weitere 2 Jahre nach der Änderung der Fachakademieordnung müsste dann eine einjährige, rein pädagogisch-didaktische Ausbildung an einem oder beiden Staatsinstituten angeboten werden, da die Studierenden der Fachakademien ja die fachliche Ausbildung bereits mitbringen.

Gleichzeitig wird die Staatsregierung im Landtagsbeschluss aufgefordert, das Berufsbild der hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin unter dem Gesichtspunkt der sich wandelnden Markterfordernisse zu überprüfen und sicherzustellen, dass ein am Bedarf orientiertes, dezentrales Angebot an Fachakademien erhalten bleibt.

Im Sommer 2002 sollte dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport das neue Konzept vorgestellt werden.

Auswirkungen

Ausbildung zur „Staatlich geprüften hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin“

Jetzt gilt es den Fachakademien, denen bis zu 2/3 ihrer bisherigen Interessenten verloren gehen werden, durch die Analyse der Markterfordernisse und die eindeutige Ausrichtung der Lehrpläne auf das einzige, künftige Ziel eine Chance für ihr Weiterbestehen zu geben. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann das

Forschungsvorhaben zur Anpassungsqualifizierung für hauswirtschaftliche Fach- und Führungskräfte

leisten. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen beantragte EU-Mittel für dieses Forschungsvorhaben,

die Zuständige Stelle für Berufsbildung in der Hauswirtschaft organisierte und begleitete die Arbeit und die Firma aku (Annerose Knäpple Unternehmensberatung) führte innerhalb kürzester Zeit die statistische Untersuchung und Auswertung durch. Befragt wurden Absolventinnen der letzten 5 Prüfungsjahrgänge.

Dabei geben 54% der befragten Hauswirtschaftlichen Betriebsleiterinnen an, eine Leitungsfunktion inne zu haben, und sogar 43 % die „Gesamtleitung Hauswirtschaft“. Wenn man bedenkt, dass die Hauswirtschaftlichen Betriebsleiterinnen mit dem 21. Lebensjahr ihre Ausbildung beendet haben können, ist dies eine erstaunliche Zahl, die bestätigt, dass die bisherige Ausbildung zur Leitung eines Teilbereiches und nach kürzester Zeit zur „Gesamtleitung Hauswirtschaft“ befähigt. Auch bei der Frage „Welche Themenbereiche sollten aus ihrer Sicht vertieft werden?“ ergibt sich ein klares Bild (Tabelle 1).

81% aller Befragten geben die Hauswirtschaftliche Betriebsführung (Praxis) als einen Bereich, der weiter zu vertiefen ist, an, gefolgt von Personalwesen (64 %), BWL und Rechnungswesen (57 %) und Berufs- und Arbeitspädagogik mit 54 %. Ein klarer Auftrag für die Umgestaltung der Stundentafel! Nach Wegfall bzw. starker Reduzierung der Schwerpunktfächer für Fachlehrerinnen Handarbeit/Hauswirtschaft wie Textilarbeit, Textiles Gestalten, Werken werden entsprechende Kapazitäten frei sein.

Die Hauswirtschaftlichen Betriebsleiterinnen, die in der Umfrage dem Fach Hauswirtschaftliche Betriebsführung die absolute Priorität eingeräumt haben, sehen ihren Einsatz im Führungsbereich offensichtlich aus der Praxis heraus begründet. Dort verstehen sie sich als Bindeglied zwischen Praxis und Geschäftsführung. Aus der Praxis kommt ihr Selbstverständnis und dies bildet die Grundlage ihres betriebswirtschaftlichen Handelns. Eine Stärkung dieser Position ergab sich vor drei Jahren aus der Umgestaltung des Vorpraktikums zu einem Berufspraktikum mit Betreuung und Begleitseminar.

Senioren

Beratungswirrwarr: „Riester“-Rente für Versorgungsempfänger (Pensionisten)

Kurz vor unserem Berufsbildungskongress in Passau hatte sich ein „pensionsnaher“ Kollege – 58 Jahre – darüber gewundert, dass ihn keine Gesellschaft in die „Riester-Rente“ aufnehmen. Meine Auskunft: Nicht „riesterrentenfähig“: Versorgungsempfänger; zwar aufnahmefähig, aber Rentabilität i.d.R. nicht gegeben: „pensionsnahe“ Jahrgänge ab 55 Jahre.

Der Berufsbildungskongress bot die Gelegenheit, Versicherungsvertreter – darunter zwei von Versicherungen, die Mitglieder des dbb-Versorgungswerkes sind, einer davon der Konsortialführer DBV-Winterthur – persönlich zu befragen. Das Ergebnis: verwirrend und teilweise falsch. Eine Auskunft: natürlich könnten auch Pensionisten die „Segnungen“ Riesters in Anspruch nehmen. Die Rentabilität hinge von den persönlichen Verhältnissen ab und könne nur im Einzelfall beantwortet werden.

Anschließende Recherchen im Bundesinnenministerium hatten folgendes Ergebnis:

- Anspruchsberechtigt sind (einschließlich Tarifbereich – Angestellte)
 - Empfänger von Besoldung und Amtsbezügen
 - Beurlaubte Beamte mit Gewährleistungsbescheid
 - Personen im Erziehungsurlaub, Pflegepersonen, Wehrdienstleistende, Bezieher von Entgeltersatz
 - Pflichtversicherte der Rentenversicherung (einschließlich Altersversicherung der Landwirte)
 - Ehegatten von förderberechtigten Personen
- Keine Förderung erhalten
 - Ruhestandsbeamte
 - Freiwillige Rentenversicherungspflichtige
 - Beschränkt Steuerpflichtige usw.

Unterrichtsfächer	Prozent/Fälle
Ernährungslehre	38,1
Nahrungszubereitung	40,5
Chemie	4,8
Betriebshygiene	5,0
Textillehre	0,0
Textilarbeit und textiles Gestalten	11,9
Werken	4,8
BWL und RW	57,1
Betriebliche Haushaltslehre	42,9
Hw. Betriebsführung (Praxis)	81,0
Berufs- und Arbeitspädagogik	54,8
Personalwesen	64,3
Sonstiges	14,3
Anzahl der befragten Personen	n = 42

Tabelle 1

Art des Betriebes	2000/2001	2001/2002	2002/2003
Krankenhaus	5	1	2
Kurklinik	2	–	–
Altenheim	4	4	4
Bildungshaus	3	3	7
Hotel	1	3	1
Kantine	3	2	2
Rasthof	1	–	1
Kloster	2	–	–
Kinder- und Jugendhilfe	–	–	1

Tabelle 2

Vielseitigkeit, Flexibilität und breite Einsetzbarkeit – der Generalist ist gefragt

Praktikumsstellen der Fachakademie für Hauswirtschaft Würzburg (Tabelle 2)

Die klassischen Betriebe wie Krankenhaus, Altenheim und Bildungshäuser ermöglichen nach wie vor den Einsatz in verschiedenen Bereichen der Hauswirtschaft. Nicht nur die Großküche, sondern in steigendem Maße Gebäudereinigung und Dienstleistungen im Wäschebereich sowie Schnittstellenmanagement gehören zu den Aufgaben der Hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin. Die Grenzen zur Systemgastronomie sind längst überschritten.

Die Umgestaltung, die im Rahmen der momentanen Lehrpläne möglich ist, findet in allen Fachakademien entsprechend ihrer individuellen Ausprägung bereits statt. Jetzt warten wir auf

die nötige Veränderungen der Stundentafel und der Lehrpläne. Dem Berufsziel entsprechend müssen diese schnellstmöglich umgestaltet werden, so dass ein großer Teil der Fachakademien erhalten werden kann. Der Bedarf an Fachkräften wird durch die Verlagerung zur Dienstleistungsgesellschaft und aufgrund der demographischen Bevölkerungsentwicklung steigen. Der Einsatz von Fachkräften wird in der Zukunft immer wichtiger, um einer Kostenexplosion entgegenzuwirken. Frauenbildung auf der mittleren Bildungsebene, aus der Praxis für die Praxis – unter diesem Motto sollte die Umgestaltung der Fachaka-

demien für Hauswirtschaft stehen. Packen wir es an, es gibt noch viel zu tun!

Dorothea Helbig

Die gute Nachricht!

Mittlerweile erhielten Studierende der Fachakademien für Hauswirtschaft Würzburg eine eindeutige Stellungnahme von den Staatsinstituten zur Ausbildung von Fachlehrern (Abt. II in München und Abt. III in Nürnberg – später Ansbach).

Für das Studienjahr 2004/2005 wird an beiden Staatsinstituten noch eine 1-jährige pädagogische Ausbildung zur Fachlehrerin für Handarbeit und Hauswirtschaft angeboten. 2005/2006 wird je nach Bedarf an einem oder beiden Staatsinstituten eine 1-jährige Ausbildung stattfinden.

- Sinnvoll ist die Inanspruchnahme – zur Schaffung eines weiteren Standbeines für die Altersversorgung nur für Beamte bis zum 55. Lebensjahr (nur mindestens 10 Jahre Anspanzeit führen zu einer ins Gewicht fallenden Zusatz-Versorgung).
- als „rentable“ Anlage auch für die pensionsnahen Jahrgänge – besonders wenn noch kindergeldberechtigter Nachwuchs vorhanden ist. (Mitnahmeeffekt)

Der besondere Reisetipp für Pensionisten

Am 29. März startet das Kreuzfahrtschiff „aROSA Blu“, zur Atlantiküberquerung aus der Karibik zu den Kanarischen Inseln. Ich habe Anfang Dezember die Tour in der Gegenrichtung mitgemacht und war bzw. bin noch restlos begeistert. Herrlich entspannt kann man hier Erholung in Reinkultur erleben, in ungezwungener „Clubatmosphäre“ – keine Gardarobenvorschriften, da kein Kapitänsdinner, etc. bei ungeschmälertem Komfort, tollen Kabinen, darunter auch rollstuhlgerichte, bestem Essen (Getränke eingeschlossen!), abwechslungsreichem Unterhaltungsprogramm und und und. Zwei Pools und Trimmen im 1360 qm großen Fitnessbereich mit drei Saunen u.s.f. unterstreichen die neue Philosophie „Lust auf Schiff“. Zum rundum gelungenem Ambiente locken interessante Ausflüge auf karibische wie kanarische Inseln.

Nun aber das Besondere: der Preis. Beide Transatlantikpassagen werden um glatte 1000 Euro billiger als im Prospekt ausgewiesen angeboten. Man bedenke: Flug von München oder Frankfurt mit Condor nach Jamaica (Montego Bay), Transfer zum Schiff, 15 Tage Vollpension – und was für eine! – mit Rundum-Betreuung unter rein deutscher Leitung, inkl. Hospital und zwei deutschen Ärzten, schließlich Rückflug von Teneriffa zum Ausgangsflughafen – und das alles zum Preis von nur 1865 Euro in einer Komfort-Aussenkabine. Wer sich schon immer mal eine Kreuzfahrt lei-

sten wollte: Billiger und besser als bei diesem Preis/Leistungsverhältnis geht es kaum.

Wer mehr wissen möchte, erhält von mir detailliertere Informationen

unter Tel. 0961-46388 oder – besser – E-mail: fischer-weiden@t-online.de.

Bei erkennbar breiteren Interesse wäre eine Gruppenreise noch möglich.
Lothar Fischer

Personalien

Wir gratulieren im März

... zum 80. Geburtstag

Eybl, Elisabeth, 29.03.
90408 Nürnberg, KV Nürnberg
Bader, Heinz, 12.03.
97078 Würzburg, KV Würzburg
Balbach, Kurt i.R., 25.03.
90409 Nürnberg, KV Nürnberg
Kremer, Hans, 30.03.
97084 Würzburg, KV Würzburg
Weiß, Sophie, 06.03.
80636 München, KV Obb.-Nordwest
Wirth, Alma, 27.03.
97318 Kitzingen, KV Würzburg

... zum 75. Geburtstag

Kempf, Martin, 16.03.
63864 Glattbach, KV Untermain
Nickl, Josef, 01.03.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Schmid, Helmut, 16.03.
85356 Freising, KV Obb.-Nordwest
Schmitt, Reinhold, 04.03.
97204 Höchberg, KV Würzburg
Stengl, Walter, 19.03.
89407 Dillingen,
KV Nordschwaben
Storath, Julius, 24.03.
97464 Oberwerrn, KV Main-Rhön
Welzbacher, Walter, 11.03.
63500 Seligenstadt, KV Untermain

... zum 70. Geburtstag

Baldauf, Gotthard, 01.03.
87435 Kempten, KV Allgäu
Bick, Roswitha, 13.03.
90425 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Mayer, Max, 05.03.
87561 Oberstdorf, KV Allgäu
Neudert, Johann, 29.03.
86675 Buchdorf, KV Nordschwaben
Dr. Nützel, Rudolf, 06.03.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Schnitzler, Karl, 30.03.
87700 Memmingen, KV Augsburg

Stadler, Cornelia, 10.03.
93086 Wörth, KV Donau-Wald
Stöckl, Toni, 30.03.
83471 Berchtesgaden,
KV Traunstein-BGL

... zum 65. Geburtstag

Bauer, Lore, 04.03.
92507 Nabburg, KV Schwandorf
Bergner, Ulrich, 27.03.
97638 Mellrichstadt, KV Main-Rhön
Braun, Günter, 23.03.
63864 Glattbach, KV Untermain
Döllner, Gertrud, 13.03.
96050 Bamberg,
KV Bamberg-Forchheim
Hubertus, Heinz, 27.03.
63877 Sailauf, KV Untermain
Jankowsky, Hans-Folko, 14.03.
91154 Roth, KV Mfr.-Süd
Pausenberger, Ursula, 15.03.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Preininger, Norbert, 12.03.
91275 Auerbach i.d. Opf.,
KV Bayreuth-Pegnitz
Reisner, Andreas, 23.03.
85276 Pfaffenhofen,
KV Obb.-Nordwest
Schäfer, Gerhard, 26.03.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Siebel, Gottfried, 09.03.
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord

... zum 60. Geburtstag

Altmann, Hermann, 31.03.
93453 Neukirchen b. Heiligblut,
KV Cham
Aufschläger, Johann, 24.03.
86609 Donauwörth,
KV Nordschwaben
Baltzer, Norbert, 06.03.
90453 Nürnberg, KV Mfr.-Süd
Dolzer, Helmut, 15.03.
93479 Grafenwiesen, KV Nürnberg
Frank, Oskar, 02.03.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

Gröbner, Günter, 23.03.
86700 Otting, KV Nordschwaben
Kranl, Lothar, 08.03.
93444 Kötzing, KV Cham
Landzettel, Ulla, 13.03.
84048 Reichertshofen, KV Landshut
Lieser, Hans-Jürgen, 05.03.
86956 Schongau, KV Obb.-Südwest
Strauß, Peter, 31.03.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Vogel, Dietmar, 28.03.
91550 Dinkelsbühl, KV Mfr.-Süd
Werzinger, Herma, 10.03.
92355 Velburg, KV Neumarkt
Woditschka, Friedrich, 11.03.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Wolf, Gerhard, 14.03.
86199 Augsburg, KV Augsburg

In den Ruhestand sind gegangen ...

Bredl, Ursula,
KV Bamberg-Forchheim
Dehler, Erich, KV Nordschwaben
Färber, Eduard, KV Landshut
Gröpl, Susanne, KV Nordschwaben
Hesse, Margarete, KV Mfr.-Nord
Rittel, Franz, KV Nordschwaben
Schickl, Horst, KV Altötting-Mühldorf

Wir trauern um ...

Lämmermann, Heinz, KV Nürnberg (80)
Piendl, Andreas, KV Landshut (83)

Termine

Referendartreffen in Würzburg

Termin: **14. /15. März 2003**

Ort: **Würzburg**

Zum alljährlichen Referendartreffen in Würzburg laden die Referendarsprecher ein und bitten um zahlreiches Erscheinen. Das nähere Programm wird rechtzeitig im Februarheft veröffentlicht. Wichtig: Es stehen wieder die Wahlen zu den Referendarsprechern an.

Anmeldung kann bereits über die Geschäftsstelle erfolgen: info@vlb-bayern.de

Das deutsch-tschechische Verhältnis seit 1945

Termin: 07. – 09.03. 2003

Ort: Lichtenfels-Schneyv

Infors bei: Ulf Beier, Julius-Schieder-Str. 3,
91781 Weißenburg, Tel. 091 41/3869,
E-Mail: beier.ulf@wugnet.de

Zum Vormerken

Bayerischer Wirtschaftsschultag

Termin: 5. April 2003

Ort: Nürnberg

Nähere Informationen erhalten Sie in der nächsten Ausgabe.

Für Sie persönlich

Versicherungspflicht und Beitragszahlung in der gesetzlichen Sozialversicherung im Jahr 2003

Beachten Sie bitte bei der Beantwortung der Fälle die folgenden Informationen!

1. Beitragssätze:

Sozialversicherungszweig	Beitragssatz	Tragen der Beitragslast durch ...
Gesetzliche Rentenversicherung	Aktuell: 19,5 % 2002: 19,1 %	Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte*
Gesetzliche Krankenversicherung	Unterschiedliche Beitragssätze in den verschiedenen Kassen; Durchschnittsbeitragssatz: 14,3 %	Wie oben!*
Soziale Pflegeversicherung	1,7 %	Wie oben!*
Gesetzliche Arbeitslosenversicherung	6,5 %	Wie oben!*
Gesetzliche Unfallversicherung	Unterschiedliche Beitragssätze in Abhängigkeit von den Gefahrenklassen	den Arbeitgeber allein

* Ausnahmen:

- Für Auszubildende trägt der Arbeitgeber die Beiträge allein, wenn das Bruttogehalt 325 Euro monatlich nicht übersteigt.
- In Sachsen beträgt der Beitragsanteil zur Pflegeversicherung für den Arbeitgeber 0,35 % und für den Arbeitnehmer 1,35 %.

Beachten Sie: Die bisher üblichen Beitragsberechnungstabellen fallen ab 2003 ersatzlos fort. Stattdessen werden die fälligen Sozialversicherungsbeiträge so berechnet, dass zunächst der auf den Arbeitnehmer entfallende Teil des Beitrags errechnet wird und der gerundete Anteil verdoppelt wird (§§ 1 und 2 der Beitragszahlungsverordnung):

SV-pflichtiges Entgelt x halber Beitragssatz = halber Beitrag (ger.) x 2 = Gesamtbeitrag

2. Versicherungspflichtgrenzen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ab 2003

Die Versicherungspflichtgrenze (Jahresarbeitsentgeltgrenze) in der Kranken- und Pflegeversicherung liegt im Jahr 2003 bundesweit bei

Monat	Jahr
3825 Euro	45900 Euro

Für Personen, die am 31.12.2002 bereits Mitglieder der privaten Kranken- und Pflegeversicherung sind, gel-

ten für 2003 folgende Versicherungspflichtgrenzen:

Monat	Jahr
3 450 Euro	41 400 Euro

Mit dieser Regelung soll erreicht werden, dass junge Menschen mit hohem Einkommen als „gutes Risiko“ der gesetzlichen Krankenversicherung zugeführt werden bzw. dass gute

Beitragszahler bei der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben.

Einige Beispiele zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung

(Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld bzw. Urlaubsgeld sind in dem angegebenen monatlichen Arbeitsentgelt bereits enthalten.)

Fall 1: AN hatte im Jahr 2002 ein monatliches Bruttoeinkommen von 3 000 Euro, AN war krankenversicherungspflichtig, da im Jahr 2002 die Versicherungspflichtgrenze 3 375,00 Euro betrug. Dieser AN verdient nun im Jahr 2003 3 500 Euro. Da die Versicherungspflichtgrenze auf monatlich 3 825 Euro angehoben wurde, bleibt dieser AN krankenversicherungspflichtig.

Fall 2: Kein Bruttoeinkommen im Jahr 2002, da Student. Im Jahr 2003 ist dieser Student Berufsstarter mit einem monatl. Bruttoeinkommen von 3 600 Euro. Dieser Berufsstarter muss in die gesetzliche Krankenversicherung, da sein Einkommen unter der Versicherungspflichtgrenze von 3 825 Euro liegt.

Fall 3: Monatliches Bruttoeinkommen im Jahr 2002 3 500 Euro, AN ist in der PKV versichert. Das Einkommen steigt 2003 auf 3 700 Euro. Der AN wird nicht versicherungspflichtig, da sein monatliches Einkommen von 3 700 Euro über der für ihn maßgeblichen Grenze von 3 450 Euro liegt.

Weiterhin gilt: Fällt das Jahresbruttogehalt einmal unter die Versicherungspflichtgrenze, muss der AN automatisch vom Arbeitgeber wieder pflichtversichert angemeldet und die PKV muss sofort aufgehoben werden, es sei denn, der AN lässt sich von der Versicherungspflicht endgültig befreien. Dann gibt es auf normalem Wege kein Zurück mehr zur gesetzlichen Krankenversicherung. Sollte der AN allerdings arbeitslos werden, entsteht automatisch wieder die Versicherungspflicht.

Helmut Lang

Sozialversicherungsdaten 2003

			Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Gesetzliche Rentenversicherung	Beitragsbemessungsgrenze	jährl.	61.200,00 €	51.000,00 €
		mtl.	5.100,00 €	4.250,00 €
	Beitragssatz		19,5 %	19,5 %
	Höchstbeitrag	mtl.	994,50 €	828,75 €
	Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte	mtl.	63,38 €	63,38 €
Gesetzliche Krankenversicherung	Beitragsbemessungsgrenze	jährl.	41.400,00 €	41.400,00 €
		mtl.	3.450,00 €	3.450,00 €
	Versicherungspflichtgrenze	jährl.	45.900,00 €	45.900,00 €
geschätzter Beitragssatz	mtl.	3.825,00 €	3.825,00 €	
			14,4 %	14,4 %
Gesetzliche Pflegeversicherung	Beitragsbemessungsgrenze	jährl.	41.400,00 €	41.400,00 €
		mtl.	3.450,00 €	3.450,00 €
	Beitragssatz		1,7 %	1,7 %
Höchstbeitrag	mtl.	58,65 €	58,65 €	
Gesetzliche Arbeitslosenversicherung	Beitragsbemessungsgrenze	jährl.	61.200,00 €	51.000,00 €
		mtl.	5.100,00 €	4.250,00 €
	Beitragssatz		6,5 %	6,5 %
Höchstbeitrag	mtl.	331,50 €	276,25 €	
Höchstmöglicher Arbeitgeberzuschuss	PKV	mtl.	241,50 €	241,50 €
	PPV (Ausnahme Sachsen)	mtl.	29,33 €	29,33 € (12,08 €)
Mindestbeiträge in der GKV inkl. Pflegevers. (AOK)	Selbständige	mtl.	271,32 €	271,32 €
	Sonst. Freiwillige	mtl.	120,58 €	120,58 €
Bezugsgröße		mtl.	2.380,00 €	2.380,00 €
				KV u. PflV 1.995,00 € RV u. AIV
Einkommensgrenze für (soll zum 01.04.03 angehoben werden)	geringfügig Beschäftigte	mtl.	325,00 €	325,00 €
	Familienversicherung in der GKV	mtl.	335,00 €	335,00 €

Zur Versorgung des Beamten bei Dienstunfähigkeit

Der Umfang der Absicherung hängt vom Beamtenstatus ab. Beamte auf Widerruf (Referendare) – Beamte auf Probe (Studienrat z.A)

Bei allgemeiner Dienstunfähigkeit wird der Beamte entlassen und in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung wird nur bei Erwerbsminderung geleistet. Eine

Rente wegen Berufsunfähigkeit gibt es für ab dem 1. Januar 1961 Geborene nicht mehr.

Ist die Dienstunfähigkeit Folge eines Dienstunfalls erhalten der Beamte einen Unterhaltsbeitrag. Bei Dienstunfähigkeit aufgrund von Krankheit oder Freizeitunfall erhält der Beamte auf Widerruf keine Leistungen. Er sollte sich deshalb privat absichern.

Beamte auf Lebenszeit (Studienrat)

Nach einem Dienstunfall berechnen sich Ihre ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe Ihrer Besoldungsgruppe. In allen anderen Fällen der Dienstunfähigkeit errechnen sich Ihre ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der tatsächlichen Besoldungsstufe.

Da der Versorgungsanspruch von der Anzahl der ruhegehaltfähigen Dienstjahre abhängt, kann die Notwendigkeit einer privaten Absicherung nur dann abgeschätzt werden, wenn man individuell seinen Versorgungsanspruch bei seiner Besoldungsstelle abfragt oder von einem Fachmann berechnen lässt.

Im Todesfall erhalten die Hinterbliebenen nur ein Teil des Versorgungsanspruches des Beamten.

Nicht nur für die Altersversorgung ist eine private Absicherung (Riester-Rente) notwendig, auch für den Fall einer Dienstunfähigkeit sollte geprüft werden, ob eine zusätzliche private Vorsorge notwendig ist. Leider muss hier die Frage hinzugefügt werden:

Wie soll ein Referendar bei seiner mageren Vergütung die eigentlich erforderliche private Vorsorge finanzieren?

Wie sind Arbeiter und Angestellte abgesichert, wenn sie nach dem

1. Januar 1961 geborenen sind?

Für diesen Personenkreis gibt es keinen Berufsunfähigkeitsschutz mehr, sondern nur noch Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente.

Die Beurteilung der Erwerbsminderung wird ab 2001 folgendermaßen vorgenommen:

Zeitliches Leistungsvermögen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

- 6 Stunden und mehr → Erwerbsminderung liegt nicht vor → keine Rente
- 3 Stunden bis unter 6 Stunden → teilweise Erwerbsminderung liegt vor → 50 % Erwerbsminderungsrente
- weniger als 3 Stunden → volle Erwerbsminderung liegt vor → 100 % Erwerbsminderungsrente

Alleiniger Maßstab für die Feststellung des Leistungsvermögens ist die Erwerbsunfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Es kommen alle Tätigkeiten in Frage, die es auf dem Arbeitsmarkt gibt.

So wie die jüngere Generation die Notwendigkeit der Riester-Rente ver-

kennt, die Abschlusszahlen des Jahres 2002 zeigen dies deutlich, so unklar ist diesem Personenkreis leider auch die Bedeutung der privaten Vorsorge für den Fall der Berufsunfähigkeit.

Doch auch die Berater der Versicherungswirtschaft sind hier nicht immer vorbildlich. All zu häufig wird einem Jugendlichen oder unverheiratetem Erwachsenen eine kapitalbildende Lebensversicherung verkauft – mit dem Argument der Kapitalauszahlung am Ende der Versicherungsdauer – als dass eine Risikoanalyse vorgenommen wird, die besagen würde, dass eine Lebensversicherung nur zur Absicherung des Lebenspartners und der Kinder notwendig ist, ein Single hingegen seinen Lebensstandard eher durch eine private Berufsunfähigkeitsversicherung sinnvoll absichert.

Die ebenfalls häufig abgeschlossene, weil billige Unfallsicherung bietet nur Schutz für Berufsunfähigkeit auf Grund eines Unfalls. In den meisten Fällen entsteht allerdings Berufsunfähigkeit wegen einer Erkrankung. Nur eine Berufsunfähigkeitsversicherung bietet also umfassenden Schutz.

Helmut Lang

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Kompetenz und Erfahrung

Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419

Absicherung für:

Berufsunfähigkeit bzw. Dienstunfähigkeit

bei unter 40-jährigen ein "Muss"

Spezialversicherungen für:

Studenten, Azubis
Berufsanfänger im öffentlichen Dienst
Beamte auf Widerruf und auf Probe.



Grundvergütung für die unter die Anlage 1a zum BAT fallenden Angestellten nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres (für Bund und Länder)

plus 2,4 %
ab 01.01.2003
(ab Verg.Gr. III ab 01.04.2003)

(Zahlen vorbehaltlich der Redaktionsverhandlungen)

Verg. Gr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendetem Lebensjahr (monatlich in EURO)															
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.	
I		2.952,34	3.112,38	3.272,46	3.432,52	3.592,59	3.752,68	3.912,71	4.072,80	4.232,86	4.392,93	4.553,01	4.713,06	4.873,11		
I a		2.721,27	2.845,67	2.970,01	3.094,39	3.218,78	3.343,18	3.467,59	3.591,94	3.716,32	3.840,71	3.965,12	4.089,47	4.208,74		
I b		2.419,23	2.538,81	2.658,39	2.777,96	2.897,53	3.017,11	3.136,70	3.256,26	3.375,85	3.495,41	3.614,99	3.734,56	3.853,85		
II a		2.144,39	2.254,22	2.364,09	2.473,89	2.583,72	2.693,57	2.803,38	2.913,24	3.023,05	3.132,93	3.242,75	3.352,52			
II b		1.999,45	2.099,55	2.199,66	2.299,79	2.399,93	2.500,04	2.600,17	2.700,30	2.800,41	2.900,55	3.000,66	3.044,40			
III	1.905,81	1.999,45	2.093,06	2.186,68	2.280,33	2.373,95	2.467,58	2.561,20	2.654,82	2.748,47	2.842,11	2.935,75	3.024,80			
IV a	1.727,58	1.813,27	1.898,94	1.984,59	2.070,28	2.155,94	2.241,62	2.327,29	2.412,97	2.498,64	2.584,32	2.670,01	2.754,49			
IV b	1.579,60	1.647,59	1.715,53	1.783,50	1.851,42	1.919,40	1.987,35	2.055,32	2.123,28	2.191,23	2.259,21	2.327,16	2.336,19			
V a	1.396,74	1.450,58	1.504,40	1.562,57	1.622,29	1.682,05	1.741,81	1.801,55	1.861,31	1.921,06	1.980,83	2.040,58	2.096,09			
V b	1.396,74	1.450,58	1.504,40	1.562,57	1.622,29	1.682,05	1.741,81	1.801,55	1.861,31	1.921,06	1.980,83	2.040,58	2.044,71			
V c	1.320,20	1.368,83	1.417,41	1.468,36	1.519,33	1.572,43	1.628,96	1.685,54	1.742,07	1.798,62	1.854,43					
VI a	1.250,30	1.287,81	1.325,29	1.362,80	1.400,27	1.438,88	1.478,26	1.517,63	1.557,70	1.601,40	1.645,09	1.688,80	1.732,49	1.776,20	1.813,67	
VI b	1.250,30	1.287,81	1.325,29	1.362,80	1.400,27	1.438,88	1.478,26	1.517,63	1.557,70	1.601,40	1.645,09	1.679,28				
VII	1.158,32	1.188,76	1.219,23	1.249,67	1.280,13	1.310,58	1.341,02	1.371,50	1.401,94	1.433,22	1.465,22	1.488,29				
VIII	1.071,55	1.099,39	1.127,26	1.155,10	1.182,96	1.210,80	1.238,68	1.266,52	1.294,38	1.315,07						
IX a	1.036,48	1.064,19	1.091,88	1.119,58	1.147,26	1.174,95	1.202,63	1.230,33	1.257,93							
IX b	997,64	1.022,92	1.048,18	1.073,44	1.098,71	1.123,99	1.149,27	1.174,53	1.195,89							
X	926,37	951,63	976,93	1.002,18	1.027,46	1.052,72	1.078,00	1.103,28	1.128,52							

Tarif-Klasse	Ortszuschlag (monatlich in Euro)				
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5
Ib	554,14	658,94	747,72	836,50	925,28
Ic	492,47	597,27	686,05	774,83	863,61
II	463,88	563,70	652,48	741,26	830,04

Der Ortszuschlag erhöht sich für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 88,78 EURO.

Im März 2003 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5 % der Vergütung (der Ausbildungsvergütung) vom Dezember 2002, höchstens jedoch in Höhe von 185 Euro (65 Euro für Auszubildende) gezahlt. Im November 2004 erfolgt eine weitere Einmalzahlung von 50 Euro (30 Euro für Auszubildende).

Ab 1. Januar 2004 und zusätzlich ab 1. Mai 2004 erhöhen sich Grundvergütungen, Ortszuschläge und Ausbildungsvergütungen um jeweils weitere 1 %.

Der AZV-Tag entfällt ab 1.1.2003. Die Stufensteigerungsbeträge werden in den Jahren 2003 und 2004 für die Dauer eines Jahres nur zur Hälfte gezahlt.

allgemeine Zulage (monatlich)		Urlaubsgeld
Angestellte in Verg.-Gruppen	EURO	Für Angestellte I - Vb: 255,65 Euro Für Angestellte Vc - X: 332,34 Euro Auszubildende/Schüler 255,65 Euro
X - VIII KR I u. KR II	89,18	Laufzeit
VIII - Vb KR III - KR VI	105,33	Der Tarifvertrag gilt bis zum 31. Januar 2005
Vb - II KR VII - KR XIII	112,35	Zuwendung
Ib - I sowie Lehrkräfte	42,13	Die "Weihnachtszuwendung" wird nach dem Vergütungstarifvertrag 1993 gezahlt (dies entspricht 83,79 %)

Bücher / Medien

Titel: Anstöße für die Politische Bildung

Autor: Ernst Keitel

Verlag: Kieser Verlag, Neusäß

ISBN-Nr.: 3-8242-0015-5

Rezensenten: Maria Sommerer, Elisabeth Zeppenfeld

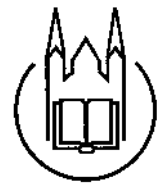
„Was ist nötig, um Politik zu verstehen? Wie dringt man in ihr Inneres ein?“ So beginnt das Geleitwort des ehemaligen bayerischen Kultusministers Prof. Hans Maier zu dem Titel „Anstöße für die Politische Bildung“ von Ernst Keitel. Genau diese Fragen beschäftigen auch den Autor und sie sind ihm für die politische Bildung stets ein wichtiges Anliegen gewesen.

Für Keitel, einen guten Kenner und entscheidenden Mitgestalter der politischen Bildung in Bayern, ist Verständnis von Politik Voraussetzung für politische Bildung: „Jeder Bürger, der auf aktuelle politische Probleme nicht nur emotional, sondern auch mit Verstand reagieren soll und will, braucht ein Grundverständnis von Politik.“

Seine Erfahrungen mit der politischen Bildung, insbesondere an beruflichen Schulen in Bayern, schildert er in diesem Büchlein sehr detailliert und anschaulich. Auf der Grundlage von Lehrplänen, Richtlinien und Stellungnahmen zur politischen Bildung zeigt der Autor Konzeptionen, inhaltliche Schwerpunkte, Intentionen und deren Hintergründe seit dem 2. Weltkrieg auf. Dies erfolgt mit der Absicht, die Konzepte kritisch zu betrachten.

Mit Sorge betrachtet er u. a. die Auswirkungen der neuen „Fernsehkultur“ auf den Unterricht und betont in diesem Zusammenhang, dass „politischer Unterricht ... von den Erfahrungen und Einstellungen der Schüler ausgehen“ und „den Willen zum politischen Handeln stärken“ muss, um somit das „Ziel der politischen Bildung, die Bürger zu einem möglichst rationalen Urteil über soziale und politische Sachverhalte zu befähigen“ zu erreichen.

Ein Anliegen ist es dem Autor weiterhin, im Sozialkundeunterricht an der Berufsschule Politikanalyse zu betreiben, wirtschafts- und rechtskundliche Inhalte der Berufsausbildung und prozessuales Wissen anzubieten. Politische Bildung soll-



SCHULWERK DER DIÖZESE AUGSBURG

Das Schulwerk der **Diözese Augsburg**, kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts, sucht zum **1. August 2003** für seine

Fachakademie für Sozialpädagogik der Christlichen Jugendhilfe Kempten

eine/einen

Schulleiterin / Schulleiter

Die Fachakademien für Sozialpädagogik in Kempten ist eine zweizügige Schule und wird im laufenden Schuljahr von 90 Studierenden in 4 Klassen (Vollzeitunterricht) besucht. In den beiden vorbereitenden Jahren des Vorpraktikum (jetzt SPS) werden derzeit 71 zukünftige Studierende betreut. Hinzu kommen 48 Berufspraktikanten. Dem Kollegium gehören 12 hauptamtliche Lehrkräfte an.

Die Stellenausschreibung richtet sich an pädagogisch engagierte und verantwortungsbewusste Lehrkräfte, die die Befähigung für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen in der Fachrichtung Sozialpädagogik oder eine entsprechende Qualifikation besitzen. Darüber hinaus werden sehr gute Führungseigenschaften und herausragende organisatorische Fähigkeiten, soziale Kompetenz, Eigeninitiative und Verhandlungsgeschick sowie die Fähigkeit zu selbstständiger und teamorientierter Zusammenarbeit erwartet. Erfahrungen in der Schulverwaltung bzw. in entsprechenden Funktionen wären vorteilhaft.

Die Identifikation mit den Werten der katholischen Kirche und die Beteiligung am kirchlichen Leben sind für diese Stelle Voraussetzung. Es wird erwartet, dass die Schulleiterin/der Schulleiter mit dem Kollegium der Schule, den Eltern und dem Träger vertrauensvoll zusammenarbeitet. Sie/Er soll für zeitgemäße pädagogische Konzepte aufgeschlossen sein, in der Tätigkeit an einer katholischen Schule eine besondere Aufgabe sehen und die Wohnung am Schulort selbst oder in unmittelbarer Nähe nehmen.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Die Stelle wird als Führungsposition für die Dauer von einem Jahr zunächst auf Probe besetzt.

Dem Arbeitsvertrag wird das Arbeitsvertragsrecht der bayerischen (Erz-) Diözesen (ABD) Teil A, ähnlich dem BAT (Bund/Länder) zu Grunde gelegt. Die Stelle ist in Vergütungsgruppe Ia + AZ bzw. Besoldungsgruppe A 15 + AZ ausgebracht.

Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugnisanzeigen werden bis zum 10.03.2003 an das Schulwerk der Diözese Augsburg, Postfach 11 05 80, 86030 Augsburg, Telefon 08 21/31 66-761, erbeten.

te im Rahmen der „sozialen Bildung“ stattfinden. Der Autor empfiehlt sogar, in manchen Klassen aufgrund von schwierigen Rahmenbedingungen auf die Politikanalyse notgedrungen zu verzichten und sich mit „sozialer Bildung“ zu begnügen.

Im Schlussgedanken stellt der Autor fest, dass Politikgestaltung durch Bildung möglich ist. Dafür werden vor allem die Fachlehrkräfte verantwortlich gemacht.

Titel: Praxis der Unterrichtsvorbereitung

Autoren: Berthold Gehlert, Heiko Pohlmann

Verlag: Stam Verlag, Troisdorf, 2001, 2. Auflage, 120 Seiten; 13,00 Euro; kostenlos für Referendare;

ISBN-Nr.: 3-8237-4825-4

Rezensent: Peter Thiel

In knapper und übersichtlicher Form finden hier Referendare didaktische und methodische Grundlagen zur Unterrichtsgestaltung. Der Titel ist nicht ohne Hintergrund gewählt, da es den Autoren wirklich um die praxisbezogene Unterrichtsvorbereitung geht. Dies lässt sich an den übergeordneten Kapiteln schon erkennen:

- Aufgaben des Berufspädagogen und Ablauf der Unterrichtsvorbereitung;
- Ziele beruflicher Bildung;
- Vorgaben der Lehrpläne;
- Theoretische Vorbereitungen;
- Praktische Vorbereitungen;

Deutlich steht hierbei im Vordergrund, wie die Unterrichtsvorbereitung nach den vorgegebenen Lehrplänen erstellt werden kann. Als Grundlage können dazu können sowohl curriculare Lehrpläne dienen als auch Lehrpläne, die in Lernfelder gegliedert sind. Dazu wurden Informationen zur Handlungskompetenz sowie zu den Handlungs- und Lernfeldern neu aufgenommen. Über die Bedingungsanalyse, die Analyse des Lerninhalts gelangt man fast automatisch zu einer Auswahl an Artikulations-schemata. Aktionsformen, Sozialformen und methodische Großformen werden ebenso im Überblick vorgestellt wie der Einsatz der Medien, Lernzielkontrollen und die Möglichkeiten, Übungen und Wiederholungen sinnvoll in den Unterricht zu integrieren.

Ergänzt und erweitert werden diese Überblicke durch Beispiele zur Gestaltung von Tafelbildern, Arbeitsblättern und Ar-

beitstransparenten. Abgeschlossen werden die wichtigen Ausführungen mit Aussagen zur Lehrer-Schüler-Beziehung und zur Lehrerpersönlichkeit.

Hierbei handelt es sich um ein Buch, das nicht nur Referendaren als kostenlose Pflichtlektüre dienen kann, sondern es muss auch den Kolleginnen und Kollegen empfohlen werden, die nebenamtlich oder nebenberuflich an beruflichen Schulen unterrichten. Sicher findet aber auch der engagierte Lehrer noch Anregungen und Ideen zur kreativen Gestaltung des eigenen Unterrichts.

Titel: Schüler – Studenten – Praktikanten
Lohnsteuerrechtliche, sozialversicherungsrechtliche und arbeitsrechtliche Behandlung

Autoren: Schönfeld, Reimers, Hofmann

Verlag: Gruppe Jehle Rehm GmbH

ISBN-Nr.: 3-8073-1898-4

Rezensent: Helmut Stephan

Der Leitfaden aus der Reihe „Personal info Top“ ist in die drei Hauptteile A (Lohnsteuer), B (Sozialversicherung) und C (Arbeitsrecht) gegliedert. Er ist ein wertvolles Nachschlagewerk für Schulen, deren Schüler im Rahmen ihrer Ausbildung ein Praktikum abzuleisten haben, wie beispielsweise die der Berufsfachschulen für Kaufmännische Assistenten. Besonders der Teil C befasst sich mit einer Thematik, die sonst selten oder nur verstreut beschrieben wird: Abgrenzung ausbildungsbegleitender Praktika zu anderen Beschäftigungsverhältnissen (z. B. Ferienjobs), die Minderjährigenproblematik, faktische Praktikantenverhältnisse, inhaltliche Ausgestaltung des Praktikantenvertrages, Vergütung und Urlaubsentgelt, Hinweise auf Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen.

Hilfreich ist folgende Begriffsdefinition auf Seite 125: „Praktikanten sind Personen, die sich im Zusammenhang mit einer schulischen Ausbildung praktische Kenntnisse in einem Unternehmen aneignen, die der Vorbereitung, Unterstützung oder Vervollständigung der Ausbildung für den zukünftigen Beruf dienen.“

In einer sozialversicherungsrechtlichen Übersichtstabelle werden vorgeschriebene/nicht vorgeschriebene Vorpraktika, Zwischenpraktika und Nachpraktika

mit/ohne Arbeitsentgelt gegenübergestellt. Der Leitfaden bringt zahlreiche Praxisbeispiele und gibt die wichtigsten Gesetzesquellen an (z. B: Nachweisgesetz, Sozialgesetzbuch III, IV, V, VI, usw.)

Eine zusätzliche Arbeitserleichterung bietet die dem Buch beigelegte CD-Rom, auf der ein Personalfragebogen, einschlägige Musterverträge sowie ein Antrag auf Erteilung einer Freistellungsbescheinigung zur Verfügung gestellt werden.

Leser schreiben

Vom Deutschen Presserat erreichte die Redaktion folgendes Schreiben:

Beschwerden von

Herrn Manfred Schultz vom 22.10.2002

(= BI-238102)

Staatl. Studienseminar Ostbayern, Herrn

W. Marxreiter (= BI-239102)

J. VLB akzente

Sehr geehrter Herr Thiel, der Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserats hat sich auf seiner Sitzung am 11.12.2002 mit den o. g. Beschwerden befasst und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sie nicht begründet sind. Die Gründe für diese Entscheidung möchte ich Ihnen im Nachfolgenden näher erläutern.

Gegenstand der Beschwerde war der Leserbrief unter der Überschrift „Kündigung der Mitgliedschaft“ in der Ausgabe von Oktober 2002 von VLB akzente. Der Brief beschäftigt sich mit der Referendarsausbildung in Bayern.

Der Beschwerdeausschuss kam zu dem Ergebnis, dass eine Verletzung der Ziffern 2* und 9** Pressekodex nicht vorliegt. Richtlinie 2.6 Absatz 3 besagt zwar, dass es einer allgemeinen Übung entspricht, dass der Abdruck eines Leserbriefs mit dem Namen des Verfassers erfolgt. In Ausnahmefällen kann auf Wunsch des Verfassers jedoch eine andere Zeichnung erfolgen. Da der Leserbriefschreiber, da er persönliche Nachteile befürchtete, um einen Abdruck ohne Name gebeten hatte, liegt es im Ermessen Ihrer Zeitschrift, zu entscheiden, ob sie dieser Bitte folgt oder nicht. Dass Sie es im konkreten Fall getan haben,

kritisierte der Ausschuss nicht, da er die Bitte des Briefschreibers nachvollziehen kann. Weiterhin stellte das Gremium fest, dass der zweite Teil des Briefes zwar unter der Rubrik „Nachrichtliches“ geführt wird, der Beginn jedoch unter der Rubrik „Leser schreiben“ steht. Insofern ist es klar, dass es sich um einen Leserbrief und nicht um einen Beitrag der Redaktion handelt.

Auch eine Ehrverletzung im Sinne der Ziffer 9 Pressekodex durch die Behauptung, dass „in der Referendarausbildung faschistoide Züge durchaus an der Tagesordnung sind“, konnte der Ausschuss nicht erkennen. Bei dieser Aussage handelt es sich um eine zulässige Meinungsäußerung, die durch das grundgesetzlich garantierte Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit gedeckt ist. Hinzu kommt, dass in diesem Zusammenhang keine namentliche Nennung von bestimmten Personen erfolgt, so dass niemand in seiner Ehre verletzt werden kann.

Insgesamt lag damit kein Verstoß gegen die Publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserats vor, so dass der Beschwerdeausschuss die Beschwerden für unbegründet erklärte.

Mit freundlichen Grüßen
Ursula Ernst-Flaskamp
Vorsitzende des Beschwerdeausschusses

**Ziffer 2: Zur Veröffentlichung bestimmte Nachrichten und Informationen in Wort und Bild sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Dokumente müssen sinngetreu wiedergegeben werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen.*

*** Ziffer 9: Es widerspricht journalistischem Anstand, unbegründete Behauptungen und Beschuldigungen, insbesondere ehrverletzender Natur, zu veröffentlichen.*

****Richtlinie 2.6 Absatz 3: Es entspricht einer allgemeinen Übung, dass der Abdruck mit dem Namen des Verfassers erfolgt. Nur in Ausnahmefällen kann auf Wunsch des Verfassers eine andere Zeichnung erfolgen. Die Presse sollte beim Abdruck auf die Veröffentlichung von Adressangaben verzichten. Bestehen Zweifel an der Identität des Absenders, soll auf den Abdruck verzichtet*

werden. Die Veröffentlichung fingierter Leserbriefe ist mit der Aufgabe der Presse unvereinbar.

Leserbrief zum Artikel „Immer noch Waisenkinder der Bildungspolitik“ von Josef Kraus, in VLB akzente 12/02

Sehr geehrte Damen und Herren,
in seinem o. g. Artikel beschreibt H. Kraus die Einstufung der deutschen Bildungsabschlüsse auf der 5er-Skala der EU. Für die Meisterabschlüsse reklamiert er den 4. Rang.

Herrn Kraus ist dabei entgangen, dass in die Klasse der sog. „Meisterabschlüsse“ unter anderem auch die Ausbildung zum/zur „Staatlich geprüften Techniker/in“ gehört. Dieser Berufsabschluss ist in der breiten Öffentlichkeit, dazu zähle ich auch die Politik, wenig bekannt und kann von vielen Bildungspolitikern nicht adäquat in der Hierarchie der Berufsabschlüsse eingeordnet werden.

Im Gegensatz dazu steht die Wertschätzung, die die Wirtschaft unseren Absolventen und Absolventinnen entgegenbringt. Die „Staatlich geprüften Techniker“ sind gesuchte Fachkräfte, die in der Industrie Positionen im mittleren Management einnehmen und oftmals ingenieurmäßige Tätigkeiten ausüben.

Der Technikerabschluss muss deshalb, wie der Meisterabschluss, mindestens auf Rang 4 der EU-Skala eingestuft werden. Dies sollte den verantwortlichen Bildungspolitikern auch und vor allem von Seiten des VLB und von anderen Lehrerverbänden verdeutlicht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Greschner
Leiter Technikerschule Allgäu

Autorenverzeichnis:

Baars, Robert

BS, Heinrich-Neumaier-Platz 1,
85221 Dachau,
Tel.: (0 81 31) 17 44

Greubel Manfred

VLB-Dienstrechtsreferent
Händelstr. 25,
90571 Schwaig,
Tel.: (09 11) 50 00 41

Dr. Haßlberger, Josef

BS, Wasserburger Str. 52,
83278 Traunstein,
Tel.: (0861) 9 89 79-0

Helbig, Dorothea

VLB-Referentin für Fachlehrer
Brunnenstube 18,
97234 Reichenberg,
Tel.: (0 93 66) 76 03

Hofgärtner, Margit

computer-easy,
80336 München,
Tel.: (0 89) 7 46 42-3 43

Lang, Helmut

VLB-Versicherungsbeauftragter
KBBZ, Stettiner Str. 1,
97020 Würzburg,
Tel.: (09 31) 66 17 29

Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung,
Kapellenstr. 82,
82239 Alling,
Tel.: (0 81 41) 81 85 24

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter
Weitlstr. 66,
80935 München,
Tel.: (0 89) 38 58 40 84

Stephan, Helmut

WS, Von-Brug-Str. 7-11,
82467 Garmisch-Partenkirchen,
Tel.: (0 88 21) 5 00 64

Ulbrich, Armin

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
Albrecht-Achilles-Str. 13,
90455 Nürnberg,
Tel.: (09 11) 88 26 86

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

Uns reicht's!



BBB - Großdemo

29. März 2003 - 11.00 Uhr - München

Protestmarsch - Kundgebung

(ab Max-II-Denkmal)

(Odeonsplatz)

Bayerischer Beamtenbund BBB
Schwanthalerstr. 21, 80336 München
www.Bayerischer-Beamtenbund.de
(089) 55 25 88 0

Nähere Informationen
bei Ihrem Mitgliedsverband dem

